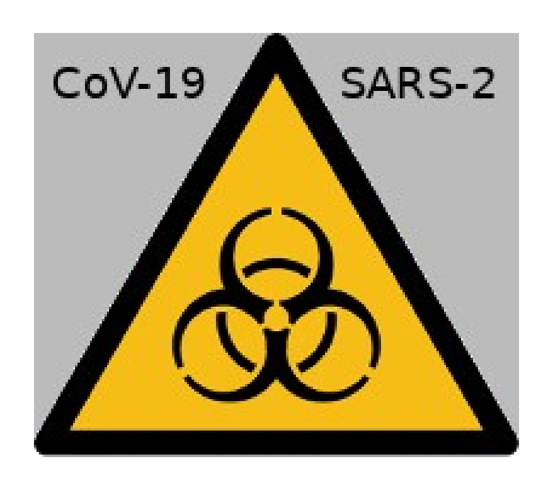
Anarcho-Syndikalismus international

Newsletter des ASN Köln, Nr. 11, Frühjahr 2020



GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN
AUS ALLER WELT:



USA

Arbeiter*innen berichten über die Coronakrise

Jeden Tag rückt uns die Wirklichkeit der Covid-19-Krise ein Stückchen näher. Es gibt noch viel zu tun für die Linke und für uns als anarchistische Syndikalist*innen. Wie können wir in dieser Situation gegenseitige Hilfe leisten? Und wie können wir uns dem Katastrophen-Kapitalismus widersetzen?

Wir müssen die ungleichen Risiken ansprechen, die ältere Arbeiter*innen und andere ausgegrenzte Gruppen stärker betreffen. Während das Gesundheitssystem versucht mit der Krise Schritt zu halten, müssen wir sowohl einen Systemwechseln fordern, wie auch dabei mithelfen, die „Kurve abzuflachen" indem wir sozialen Abstand halten. Und wir müssen nach allen Kräften unsere Leute unterstützen, die an vorderster Front jeden Tag „systemrelevanten Arbeiten" leisten.

Beim Erbringen gegenseitger Hilfe in unseren eigenen gesellschaftlichen Netzwerken sollten wir auch unsere Erfahrungen als Arbeiter*innen und Mitglieder unterdrückter Gemeinschaften in jeder Stufe der Krise dokumentieren. Es gibt eine unvermeidbare Zeit anfänglicher Depression, in der wir Angst haben um unsere Lieben und unsere Gesundheit, vor unsicheren Arbeitsverhältnissen und möglicherweise drohenden Verlusten.

Der Depression lässt sich etwas entgegensetzen, wenn man sich durch jede Entwicklungsstufe dieser Krise durchkämpft. Wir müssen weiterhin einfallsreich bleiben,

um unsere künftige Gesellschaft zu gestalten, indem wir uns heute für Arbeitsrechte einsetzen, aber auch wenn sich die Lage verschlimmert. Unsere politische Arbeit und die gegenseitige Hilfe werden uns durch diese Krisenzeit bringen. Und wenn das Virus mal unter Kontrolle ist, werden wir bereit sein, um für unsere Bedürfnise zu kämpfen und Widerstand aufzubauen gegen die nächste Entwicklungsstufe von Katastrophen-Kapitalismus und Staatsmacht. Durch diese Krise und darüber hinaus müssen wir unsere Bewegung weiter aufbauen, das Leben und die Erfahrungen der Arbeiter*innen und Ausgegrenzten dokumentieren, all jener, die durch Kapitalismus und gesellschaftlicher Unterdrückung entfremdet werden. Sobald das Virus kontrolliert werden kann, stehen wir bereit, für eine neue Welt ohne Kapitalismus, Klassensystem und Chefs zu kämpfen.

In der vergangenen Woche haben wir mit Mitgliedern der Workers' Solidarity Alliance (https://workersolidarity.org) und mit Genoss*innen im ganzen Land über ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Reaktionen auf die schnellen Veränderungen gesprochen gesprochen. Sie haben auch einige erste politische Einschätzungen angestellt, wie wir als Anarchosyndikalist*innen in dieser schwierigen Zeit aktiv sein können. Da das vermehrte Herunterfahren ("shutdown") in den letzten Wochen das Land erfasst hat, dienen diese Gespräche uns als Feldnotizen angesichts dieser sich entfaltenden Herausforderung:

Danielle Kulp (Philadelphia / Pennsylvania)

Ich habe Angst um uns selbst, aber auf einer höheren Ebene auch um alle, um die Zukunft aller. Es wird noch schlimmer kommen, bevor es wieder besser wird. Wie werden die Leute damit umgehen? Wie wird das die Gesellschaft verändern? Es passiert auf der ganzen Welt und es wird die Erde erschüttern. Die USA wird es von den Industrienationen am schlimmsten treffen, denn hier basiert alles auf Geier und Brutalität.

Melissa Jameson (New York City / New York)

Seit dem 13. März konnte ich Veränderungen feststellen. Ein Freund und ich hatten uns für 17 Uhr im Greenwich Village zu einem frühen Abendessen verabredet. Und er rief mich an, um zu hören, ob ich immernoch in die Innenstadt fahren wolle, um in einem Restaturant voller Leute zu essen, und solche Fragen. Dieser Anruf hat mit klar gemacht, dass sich etwas verändert hatte. Seitdem bedienen die Restaurants wegen der durch die Regierung vorgeschriebenen Schließung aller Bewirtungsbetriebe nur noch zum Mitnehmen oder als Auslieferung. Die Unternehmen wurden aufgefordert ihre Belegschaften zu halbieren und es sind sehr viel weniger Fußgänger*innen unterwegs. Auch in den Zügen und Bussen sehe ich weit weniger Leute als sonst. Ich lebe und arbeite in Manhattan, daher kann ich nur davon berichten, was ich hier mitbekomme, aber es fühlt sich an, als würde ich in einer alten Folge von Twilight Zone [Mystery-SciFi-Serie] leben.

Ich arbeite für eine gemeinnützige Organisation, die wohnungslosen jungen Menschen in der Stadt hilft. Gestern hatten wir eine Telefonkonferenz und sprachen darüber, ob wir gleichzeitig zum sozialen Abstandhalten aufrufen und gleichzeitig einen sicheren Ort für wohnungslose Jugendliche schaffen können. Das ist nur eines der Probleme, mit denen wir umgehen müssen. Zum Beispiel können die Jugendlichen ansonsten zu uns kommen und abhängen oder ein Schläfchen machen, weil sie es als einen sicheren Raum verstehen, aber jetzt müssen wir diesen sozialen Abstand einhalten.

Das ist ungerecht, denn sie haben sonst keinen Ort, an dem sie bleiben können. Daher sind sie nun gezwungen sich in weniger sicheren Räumen aufzuhalten, wie bei jemandem zuhause, der sie da garnicht haben will. Wir reden in unserem Projekt immer vom Aufbau von Gemeinschaft, aber diese Krise wirft Fragen auf, die viel mehr kreatives Denken erfordern, wie eine solche Gemeinschaft sicher gestaltet werden kann.

Homosexuelle obdachlose Jugendliche haben nicht die gleichen Freiheiten, wie das obere eine Prozent in New York, noch nichtmal wie die Mittelklasse. Ich denke, dass die ganze Sache, die grade passiert, einen Test für unsere Werte und Überzeugungen darstellt.

Die Armen werden am meisten darunter zu leiden haben. Es gibt immernoch Kapitalismus und Militarismus, und jetzt müssen wir uns auf eine Katastrophe einstellen. Aber was kommt danach? Noch eine ungeregelte, massenhafte Gentrifizierung, wie wir sie nach dem Wirbelsturm „Katrina" in New Orleans gesehen haben? Die jetzige gegenseitige Hilfe wird natürlich weitergehen, dann die Menschheit ist stark und einfallsreich.

Ryan Voelkel (Baltimore / Maryland)

Auf mein persönliches Leben und das meiner Bekannten hatte ich bis Anfang März keinen nennenswerten Auswirklungen verspürt. Dann hab ich gehört, daß erste Großveranstaltungen abgesagt wurden und ein Auftritt am 27.03., für den meine Band gebucht war, wurde ebenfalls gecancelt. Im Laufe der Woche nach dem 01.03. hab ich dann von mehreren Absagen gehört und durch die Schließung der Universitäten gab es auch mehr Berichte über soziales Abstandhalten. Die restlichen Auftritte unserer Band, die für die kommenden Monate geplant waren, sind dann in der folgenden Woche abgesagt worden.

Währenddessen waren die örtlichen Lebensmittelläden voller Leute und viele Sachen waren ausverkauft. Am meisten ausverkauft waren frisches Fleisch, Obst und Gemüse, sowie das beliebte Toilettenpapier. Ich glaube, nachdem der Staat alle nicht-lebenswichtigen Unternehmen schließen ließ, hatten es wohl alle Leute kapiert.

Meine Arbeit ist Informationstechnologie für sehr kleine, ortsansässige Firmen, daher handelt es sich beim Großteil unserer Kundschaft um Kleingewerbe und örtliche Anwohner*innen. Die Panik war direkt spürbar. Wir hatten einen Anstieg an Aufträgen, da unseren Kund*innen gesagt wurde, sie sollten zuhause bleiben und viele sind auch gekündigt worden. Daher brauchen sie nun erst recht ihre Computer zum Arbeiten oder sie benötigten einen Laptop, um ihre Arbeit von Zuhause zu erledigen. Meine Branche hat Glück, dass wir genügend Arbeitsaufträge haben, so dass wir immernoch weitermachen können.

Mir ist klar, dass die Leute jetzt Unterstützung für IT benötigen, und ich fühle mich verpflichtet meiner Gemeinschaft auf diese Art zu helfen. Aber es ist jeden Tag meine eigene Entscheidung, ob ich mich dem Risiko aussetzen will, mit Menschen und ihrern Computern in Kontakt zu kommen, oder ob ich lieber aus Sicherheitsgründen zuhause bleibe.

Meine größte Sorge ist, dass ich eine behinderte Mutter über 65 zuhause habe, die hochgradig gefährdet ist. Zwar bin ich froh Arbeit zu haben, meine Rechnungen bezahlen zu können und genügend Lebensmittel vorrätig zu haben. Aber wegen des Virus muss ich ständig in Sorge sein, dass ich etwas davon nach Hause bringe und wir dann einen richtigen Notfall bekommen. In meiner Lage kann ich in vielerlei Hinsicht von Glück reden und ich kann mir nur vorstellen, was andere unter weitaus schlimmeren Umständen gerade durchmachen.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir zusammenarbeiten und die Gegebenehiten vor Ort nutzen, um den Leuten in unserer Umgebung zu helfen. Netzwerke der gegenseitigen Hilfe und Essensprojekte für Wohnungslose usw. sind momentan sehr wichtig. Die am meisten Verletzlichsten unter uns sind derzeit hohen Risiken ausgesetzt und daher müssen wir immer auch an jene denken, die nicht so privilegiert sind wie wir. Dazu kommt, dass diese Pandemie die Probleme unseres Wirtschaftssystem deutlich aufzeigt.



Ich sehe jetzt mehr denn je, dass die Menschen bereit sind, über Ideen nachzudenken, die normalerweise als sozialistisch bezeichnet werden. Wir müssen weiterhin diese Diskussionen führen und alle Formen gegenseitiger Hilfe jetzt aufbauen. Und andere Menschen dabei unterstützen darüber nachzudenken, was es bedeuten könnte, wenn viele dieser Notfallmaßnahmen auch nach der Krise fortgesetzt würden.

Das Einbehalten der Miete, eine verzögerte Nebenkostenzahlung und die Einstellung der Bildungskredit-Rückzahlungen werden zur Zeit viel diskutiert. Das ist eine einmalige Gelegenheit, um anderen Leuten einen neuen Blickwinkel anzubieten und den Blick auf eine Zukunft zu richten, in der Solidarität mehr wert ist als Egoismus.

Sachio Ko-yin (Philadelphia / Pennsylvania)

Seit dem 10.03. übt unsere Familie sich nicht ins Gesicht oder an öffenliche Flächen zu fassen. Wir machen uns Sorgen um unsere älteren Familienmitglieder in Taiwan und auf Kuba, sowie hier im Landkreis Delaware. In unserer sozialen Umgebung, bei Kolleg*innen und Arbeitgeber*innen wurden unsere Vorsichtsmaßnahmen wahrscheinlich als etwas übertrieben angesehen. In Philadelphia und im Kreis Deleware erschien zu diesem Zeitpunkt noch alles unverändert, abgesehen von einzelnen Leuten, die Handdesinfektionsmittel benutzten oder Aufzugknöpfe mit einer Serviette drückten.

Am Montag 16.03. änderte sich alles. In der morgendlichen Straßenbahn zur Innenstadt sehe ich seit Jahren normalerweise eine Mischung aus Leuten der Mittelklasse, sowie schwarzen, weißen und spanischstämmigen Arbeiter*innen. Aber an jenem Montagmorgen gab es bei der Fahrt in die Stadt nur einige von uns, denn die Mittelklasse-Pendler*innen waren fast alle weg und übrig blieben die farbigen und weißen Arbeiter*innen auf dem Weg zur Arbeit.

Die Gehwege in Philadelphia, vorbei an dem zentralen Geschäftsviertel der Market Street, waren fast menschenleer und die Gebäude sahen auch unbenutzt aus. Der wenige Fußverkehr bestand auffallend aus Arbeiter*innen und Wohnungslosen. Normalerweise sind die Gehwege voller Leute, die morgens auf dem Weg ins Büro sind, aber es waren zu diesem Zeitpunkt an diesem Ort kaum noch weiße Menschen oder Geschäftsleute.

Unter unseren Freund*innen und Bekannten gab es fast sofort eine klare Trennung zwischen Ethnien und sozialen Klassen. Während nur einige arbeitende Freund*innen anfingen Videokonferenzen abzuhalten, fingen die meisten unserer Bekannten aus der Mittel- und Oberklasse an, von zuhause zu arbeiten und ihre Treffen über Videokonferenz zu organisieren. Unsere Familie und Freund*innen aus der Arbeiter*klasse wurden jedoch eher gekündigt oder müssen sich nun mit enormer Arbeitsbelastung und riskanten Situationen auseinandersetzen.

Bereits zuvor hatten Danielle und ich festgestellt, dass es sich bei den Gegenden, in denen die Zahl der positiv auf Covid-19 getesteten Fälle schnell zunahmen, eher um Oberklasse-Wohngebiete handelte. Wir fragten uns, ob das Virus von den Reichen in unsere Gegend eingeschleppt werden würde, da diese viel mehr herumreisen. Und ob das Virus sich von den reicheren Gegenden in die ärmeren Nachbarschaften und Orte verbreiten würde.

Unsere Überlegungen zielten nicht darauf ab jemandem die Schuld dafür zu geben, da niemand dafür verantwortlich ist. Sondern wir fragten uns, wie sich die Pandemie ausbreiten würde und was wir daraus lernen könnten. Die ärmeren Gegenden werden langfristig am meisten darunter zu leiden haben, denn sie haben weniger Zugang zu Gesundheitseinrichtungen oder Kinderbetreuung und haben weniger Möglichkeiten zum sozialen Abstandhalten.

Dia Basset (San Diego / Kalifornien)

Am Donnerstag 12.03. hatte ich was üebr Toilettenpapier gehört, aber konnte es nicht glauben bis ich es selbst gesehen habe. Ich konnte noch nichtmal einen Parkplatz finden, obwohl es mittags regnete, was zu dieser Zeit bei solchem Wetter normalerweise weniger Kundschaft bedeutet. Aus irgendeinem Grund waren jetzt alle in den Geschäften und packten sich ihre Einkaufswagen voll.

Dann gab es am Freitag in Kalifornien die Ausgangssperre und mit dem Beginn der Schließungen wurde es total depressiv. Es scheint, dass die jüngsten Ereignisse in San Francisco sich dann auch in Südkalifornien wiederholt haben, mit gesellschaftlichen Einschränkungen, Ausgangssperren usw. Heute muss ich feststellen, dass wesentlich mehr Hubschrauber draußen unterwegs sind.

In den Schulen, in denen ich arbeite, gibt es eine überwiegend ausgebildetete Belegschaft, die aber nur 15 Dollar oder weniger Stundenlohn bekommen. Das ist nicht viel angesichts der sehr hohen Lebenhaltungskosten, zudem ist die Arbeit üblicherweise sehr schwierig, denn sie besteht aus Unterstützung für Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen.

Die Schulschließungen sind großflächig und diese Arbeiter*innen haben nur wenig Einkommen, wenn überhaupt, um die Schließungen zu überstehen. Das wird sie finanziell umbringen und viele dieser Assisten*innen sind zudem pflegende Mütter, weshalb sie für neue und weitere Familienmitglieder sorgen müssen. Das wird richtig schwer werden.

Um Arbeiter*innen und Gemeinschaften zu unterstützen sollen wir Wege finden, damit sie ihren momentanen Bedarf an finanzieller Unterstützung mitteilen können. Wie können wir uns für andere einsetzen? Der Schwerpunkt muss jetzt auf Aktionen liegen, denn die Menschen leiden bereits unter den wirtschaftlichen Folgen. Wir können damit nicht warten.

Zach Deitz (Zentral-Pennsylvania)

Diese immer schlimmer werdende Lage, mit der wir zurechtkommen müssen, bildet ein sehr überzeugendes Argument für die Notwendigkeit einer sozialistischen, selbstverwalteten Gesellschaft. Der Kapitalismus ist ein globales System, aber er beruht auf Wettbewerb, nicht auf Zusammenarbeit. Wegen seiner auf Wettbewerb und Gewinn ausgerichteten Motive behandelt es die Menschen als Konkurrent*innen und Gegener*innen: Jederman, jede Nation, nur für sich selbst.

Wie schlecht der Kapitalismus auf diese Art Krise vorbereitet ist, wurde klar ersichtlich. Ich hoffe, dass die Leute bemerken, wie ineffektiv dieses räuberische und seelentötende Wirtschaftssystem ist. Der Sozialismus strebt eine weltweite Solidarität an, die auf Zusammenarbeit und Menschlichkeit beruht. Das müssen wir jetzt als eine sinnvolle Lösungsmöglichkeit darlegen.

Clarissa Rogers (nördlicher New York State)

Momentan glaube ich, dass wir radikale Ideen in die Tat umsetzen können, damit die Leute sie im Innersten erleben können. Linke sind immer gut darin, unsere Vorstellungen zu beschreiben und Theorien zu erforschen. Aber in diesem Moment geht es um experimentelles Lernen, das für viele oft die beste Art ist etwas zu lernen. Es ist derzeit wichtig, die Stimmen der Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen, denn sie standen schon in so vielen Kämpfen in der ersten Reihe, während wir anderen uns oft erstmal neu orientieren müssen.

Sie führen die Kämpfe an um Barrierefreiheit, allgemeinen Zugang zum Gesundheitssystem und für eine Gesellschaft, in der Körper nicht entbehrlich gemacht werden. Ihrem Beispiel müssen wir folgen, denn wenn wir uns ihrem Kampf um Grundversorgung früher angeschlossen hätten, wären gegenüber diesem Coronavirus besser gewappnet gewesen. Viele ausgegrenzte Gemeinschaften bieten nun großartige Hilfsmittel an und diese werden in dieser Krise uns allen von Nutzen sein. Lasst und diese Mittel anwenden und ihre Vorbildrolle dadurch würdigen.

Ich habe über die Notwendigkeit nachgedacht, den traditionellen anarchistischen Syndikalismus an diesen historischen Moment anzupassen. Der Kapitalismus hat sich weiterentwickelt und die Arbeiter*schaft hat sich verändert. Unsere Theorie und unsere Organisierung sollten sich auch verändern. Dabei dachte ich jetzt oftmals an das Buch *„Race, Sex, and Class“* von Selma James, was mich dazu gebracht hat, unsere Definition von „Arbeiter*innen“ zu erweitern.[1]

Heutzutage ist es wichtig darauf zu achten, welche Bereiche der Arbeitswelt an meisten von dieser Krise betroffen sind: Hausarbeiter*innen, Arbeiter*innen ohne Verträge, Sexarbeiter*innen, Arbeiter*innen in der Schattenwirtschaft, Werkverträge (Gig-Ökonomie), Leiharbeit – und wie wir uns mit diesen gemeinsam organisieren können. Wie können wir die großen Ungleichheiten, die zur Zeit sichtbar geworden sind, als Ausgangspunkt nehmen und dafür nutzen, um unsere Kraft zu verstärken einen wirklichen Wandel herbeizuführen?

Aus: „ideas & action“, Workers‘ Solidarity Alliance, 20.04.2020, http://ideasandaction.info

Übersetzung: ASN Köln

1) Zur feministischen Ökonomiediskussion über „Hausfrauenlohn“ siehe https://libcom.org/library/sex-race-class-james-selma, sowie http://www.klassenlos.tk/data/pdf/dalla_costa.pdf und https://kritisch-lesen.de/rezension/startschuss-fur-die-hausarbeitsdebatte

---

BRITANNIEN

Pfleger*innen – Kanonenfutter für das Virus?

Die britische Basisgewerkschaft Solidarity Federation Manchester (SF-IAA) hat folgenden Beitrag veröffentlicht:

Es ist allen klar, die jemals im System der sozialen Pflege gearbeitet haben oder damit in Kontakt gekommen ist, wie

sehr die Arbeitgeber*innen versuchen ihre Belegschaften auszubeuten und wie schlecht sie diese behandeln.

Die Pflege-Arbeiter*innen [in Manchester] haben seit langem das Gefühl, dass sie sowohl von den örtlichen Behörden, wie auch von der Regierung als minderwertig angsehen werden. Bis vor kurzem wurden sie von Lokal- oder Landespolitiker*innen noch als „niedrigqualifiziert“ bezeichnet. In der überregionalen Presse hatte das für Schlagzeilen gesorgt und sich in das öffentliche Bewußtsein eingeschrieben. Während der aktuellen Coronavirus-Krise wurde dies offensichtlich, da nun die Arbeitgeber*innen ihre völlige Missachtung der Sicherheit ihres Personals zeigen und ebenso derjenigen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen.

Pfeger*innen zeigen jedoch, dass sie eine unerschütterliche Verpflichtung und Leidenschaft für diese Menschen haben, wenn sie weiterhin trotz aller Risiken jeden Tag zur Arbeit fahren.

Einige Kolleg*innen gehen sogar so weit, dass am Arbeitsplatz einziehen und ihre Familien zuhause zurücklassen, um ihre Liebsten vor dem Virus zu schützen. Gleichzeitig behandeln die Arbeitgeber*innen ihre Mitarbeiter*innen weiterhin so schlecht wie möglich, um ihre Gewinnanteile zu sichern. Viele Pflege-Arbeiter*innen haben beispielsweise keinen Anspruch auf Krankengeld und bekommen nur den gesetzlichen Mindestsatz (Statutory Sick Pay – SSP), was auch während der aktuellen Krise weiterhin gilt.

Wie einige Arbeiter*innen berichten, wurden sie gezwungen arbeiten zu gehen und Schichten zu übernehmen, obwohl sie zuhause in Quarantäne waren, weil sie entweder selbst erkrankt waren oder ein krankes bzw. schutzbedürftiges Familienmitglied haben. Einige von ihnen leben in Haushalten mit hoch risikobelasteten Familienmitgliedern und wollen sich selbst isolieren, um diese zu schützen. Aber ihnen wurde gesagt, dass sie dann nichtmal mehr den SSP-Anspruch haben und keinen Lohn mehr bekommen, weil sie ja nicht selbst erkrankt sind.

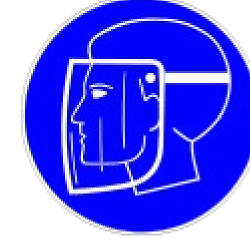
Das Pflegepersonal wurde ebenfalls unter Druck gesetzt, um für die gesamte Zeit der Selbstisolation eine Krankschreibung vorzulegen, obwohl die Regierung angewiesen hat, dass man nur eine Quarantänemeldung abgeben muss. Diese kann online beantragt werden, um die Hausarzt*praxen zu entlasten. Und abgesehen davon, reicht es, dass man die Abwesenheit von sieben Tagen oder weniger selbst nachweist.

Die Regierung macht in Bezug auf Arbeitslöhne bei gesundheitlichen Problemen unterschiedliche Angaben, was zu einer totale Verwirrung geführt hat. Es ist unklar, ob Arbeiter*innen nun für die 12 Wochen in Quarantäne einen Anspruch auf Beurlaubung haben, wie es das Regierungsprogramm eigentlich vorsieht, wobei sie mindestens 80% ihres üblichen Lohnes bekämen.

Einige Arbeiter*innen berichten aber, dass ihre Vorgesetzten sie einfach beurlaubt haben, aber anderen wurde gesagt, dass sie nur 12 Wochen lang einen SSP-Anspruch hätten. Wiederum andere sagen, ihnen wurde zunächst Beurlaubung versprochen, aber die Arbeitgeber*innen würden sich bisher nicht daran halten.

Für alle Unterbezahlten, die nur den Mindestlohn bekommen und meist keine Ersparnisse haben, ist die Aussicht auf SSP nicht gerade verlockend, denn dabei erhalten sie etwa 107 Euro/W. für höchstens 12 Wochen. Aber niemand weiss, ob die Sache bis dahin vorbei ist, wobei viele überhaupt garkeinen Anspruch auf SSP haben.

Den Pflege-Arbeiter*innen mangelt es auch an Persönlicher Schutzausstattung (PSA), wie Handschuhe, Masken und Kittel, sowie Handdesinfektions- und Reinigungsmittel. Das ist ein landesweiter Skandal und setzt die Pflegenden ebenso wie die Gepflegten unverschuldet einem hohen Risiko von Übertragung und Verbreitung des Coronavirus aus.



Die Lage ist derart verzweifelt geworden, dass einige Unternehmen bereits versucht haben, PSA von örtlichen Nagelstudios und Tierarzt*praxen zu bekommen. Denn 80% der Versorger*innen sagen, dass sie aktuell keine angemessene Schutzausrüstung zur Verfügung haben. In einem besorgniserregenden Bericht der Dienstleistungsgewerkschaft GMB in Schottland wurde der Fall eines Pflegeheimes vorgestellt, wo die Schutzausrüstung in einem Schrank verschlossen wurde, damit das Personal nicht selbst darauf zugreifen könne. Den Pfleger*innen wurden unterschiedliche Anweisungen gegeben (wenn überhaupt), wann und wie sie die Persönliche Schutzausstattung benutzen sollen.

Einige Arbeitgeber*innen sagen, die PSA werde nur dann zur Verfügung gestellt, wenn Patien*innen Symptome des Coronavirus zeigen würden. Sie sollen also weiterhin körperliche Pflege leisten, obwohl es bekannt ist, dass das Virus höchst ansteckend ist und sich leicht bzw. schnell überträgt. Daher kann es schon zu spät sein, wenn die Firma sich entscheidet erst bei Symptomen die PSA auszugeben.

Der Mangel an CoV-19-Tests bedeutet für das Pflegepersonal, dass sie sich für 14 Tage in Isolation begeben müssen, ohne zu wissen ob sie infiziert sind. Daraus folgt eine Unsicherheit für sie und ihre Mitbewohner*innen, was es dem Management leicht macht, sie zurück zur Arbeit zu drängen, auch wenn sie nicht wissen, ob sie die Krankheit haben oder hatten.

Die Menschen müssen also die Kosten dafür tragen, dass es an Vorräten mangelt und die Pflegeunternehmen die Vorgaben vernachlässigen. Besonders tragisch zeigt dies die Tatsache, dass im ganzen Land die Todesrate weiter steigt und sich das Virus immernoch ausbreitet. In Glasgow sind in einem Pflegeheim 16 Bewohner*innen gestorben nachdem sich das Coronavirus verbreitet hat. Und ein Altenheim in Liverpool hat es ebenfalls hart getroffen, da 9 Bewohner*innen verstorben sind und nach Angaben des Managements zwei Drittel des Personals krankgeschrieben sind. Landesweit haben bereits mehrere Pflege-Arbeiter*innen wegen des Virus leider ihr Leben verloren.

In der aktuellen Situation hat das Pflegepersonal das Gefühl, nur „Kanonenfutter“ zu sein. Dieser Ausdruck kommt daher, dass in bewaffneten Konflikten die Soldat*-innen meist aus armen Arbeiter*familien stammen, die als austauschbar gelten und daher an die Front geschickt werden. Dieser Vergleich bezieht sich also darauf, dass die Arbeiter*klasse auch hier als entbehrlich angesehen wird. Auf ihr Wohlergehen legen die Chefs und Politiker*-innen keinen großen Wert, solange die Arbeiten erledigt, die Dienstleistungen angeboten und die Gewinne erzielt werden.

Viel zu lange wurde das Pflegepersonal als schlecht ausgebildet angesehen und muss zu den am niedrigsten bezahlten Arbeiter*innen im ganzen Land gerechnet werden. Doch seit kurzem erkennen wir ihre Pflichterfüllung und ihren Mut angesichts des Coronavirus noch im Dienst zu sein. Dieses Personal ist überwiegend weiblich und migrantisch geprägt, was sehr viel mit der Ausbeutung zu tun hat, der es ausgesetzt ist. Die Pfleger*innen haben gezeigt, wie lebenswichtig sie sind, während die Chefs und Autoritätspersonen wiedereinmal beweisen, dass sie bloß unfähig und feige sind. Die Vorstandsvorsitzenden der Pflegeunternehmen, die Direktor*innen und leitenden Manager*innen arbeiten jetzt in sicherem Abstand von zuhause aus, aber erwarten vom Personal, dass es sich großen Risiken aussetzt.

Sobald wir hoffentlich – oder möglicherweise – diese Krise durchstanden haben, wird es offensichtlich dringend nötig sein, den Pflegebereich komplett umzugestalten. Damit er den Menschen dienen kann, die versorgt werden müssen, und jenen die dort arbeiten, anstatt nur den Profitinteressen zu dienen. So wie das System jetzt ist, kann es nicht weitergehen!

Wer sich am Arbeitsplatz organisieren und die Bedingungen dort verbessern möchte, kann gerne Kontakt zur Solidarity Federation aufnehmen, damit wir dabei helfen können.

Quelle: https://iwa-ait.org, Übersetzung: ASN Köln

BRITANNIEN:

Organisierung von Pflege-Arbeiter*innen

Als Pflege-Arbeiter*innen sehen wir uns derzeit großen Herausforderungen gegenüber. Wir waren bereits überarbeitet, risikobelastet und unterbezahlt bevor Covid-19 daherkam. Viele von uns erfahren nun einen massiven Umbruch in ihrem Arbeits- und Privatleben. Die Ausgangsbeschränkung hält uns davon ab, unsere Freund*innen und Kolleg*innen zu treffen. Und die Ansprüche, welche nun an das Nationale Gesundheitssystem (NHS), sowie an Pflegeheime und andere Arbeitsplätze gestellt werden, wurden rasant verstärkt und verändert. Daher fragen wir uns jetzt mehr denn je, was wir tun können.

Womit müssen wir uns auseinandersetzen?

Einige der Themen, die uns gerade beschäftigen, sind neu. Aber andere Probleme sind alt und wurden durch die aktuelle Krise noch verschärft.

Persönliche Schutz-Ausrüstung (PSA)

Wenn dir bisher nicht klar war, wie wichtig eine Persönliche Schutzausrüstung ist, dann weißt du es wahrscheinlich inzwischen, denn diese wird jetzt dringend benötigt. Da dieses Coronavirus die Atemwege ansteckt, besteht das Risiko einer Übertragung, wenn du engen Kontakt mit jemandem hast (daher auch die Maßnahmen zum sozialen Abstand).

Dieses Ansteckungsrisiko ist steigt noch erheblich, wenn man mit Patient*innen arbeitet, die bereits Symptome zeigen. Und umso mehr, wenn deine Arbeit auch darin besteht, Handlungen vorzunehmen bei denen Aerosole entstehen, wie beim Freilegen der Atemwege oder beim Beatmen. Die dabei benötigte PSA wird nach Vorgabe der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und von „Public Health England" (PHE) online genau beschrieben, je nach dem wo man arbeitet oder welche Tätigkeit ausgeführt wird. Die höchste und damit sicherste Schutzstufe einer PSA besteht aus Folgendem:
- Handschuhe
- Kittel (mit Arm- oder Beinabdeckung)
- FFP3-Maske
- Gesichtsschutz

Jedes davon sollte nur einmal benutzt und nicht wiederverwendet werden. Es sind jedoch Kolleg*innen persönlich bekannt, die trotz der höchsten Risikostufe nicht die nötige Ausrüstung bekommen oder gebeten wurden, diese wieder zu verwenden, um Material zu sparen. Das ist enorm riskant und stellt für alle Beteiligten eine Gefahr dar, nicht nur für eine*n selbst, sondern auch für die eigene Familie und für andere Patient*innen, mit denen man Kontakt hat.



Was können wir tun?

Der erste Schritt besteht darin, herauszufinden welche PSA du genau benötigst, um sicher arbeiten zu können. Frage nicht deine Vorgesetzten, was sie davon halten, und vertraue nicht auf ihre Aussagen. Schau selbst im Internet nach und finde die entsprechenden Vorgaben. Oder frag deine Kolleg*innen, was sie erfahren haben. Sehr wahrscheinlich wird es verschiedene Meinungen und Erlebnisse geben, denn seit Beginn der Ausgangssperre hat es fast täglich neue Ratschläge gegeben. Daher ist es wichtig herauszufinden, was du und deine Kolleg*innen als Schutz benötigen.

Wenn es ein Problem gibt (und es werden bestimmt welche auftreten), dann macht das lieber gemeinsam zum Thema. Beginne erstmal mit deinen Kolleg*innen und diskutiere, wie wichtig es ist, das Management unter Druck zu setzen, um euch jetzt und in Zukunft mit der richtigen PSA auszustatten. Betont dabei, dass ihr als Arbeiter*innen ohne den nötigen Schutz möglicherweise nicht länger die Versorgung und den angemessenen Schutz der Patient*innen aufrechterhalten könnt. Hebt auch hervor, dass ein großes Risiko für euch und eure Liebsten besteht, denn es sind bereits Ärzt*innen und Pflegeassistent*innen während dieser Coronavirus-Pandemie gestorben. Das wäre nicht passiert, wenn wir von Anfang an mit dem nötigen Schutz ausgestattet worden wären.

Was können wir erwarten?

Das Management wird höchstwahrscheinlich versuchen eure Bedenken zu entkräften, indem es euch etwas von Materialknappheit oder „Anweisungen" von oben erzählt. Und ihr werdet erstmal nicht bekommen, was ihr verlangt. Leider muss auch mit einiger Ablehnung oder Untätigkeit durch Kolleg*innen gerechnet werden. In der Pflege gibt es ja die unerfreuliche Tendenz einiger Arbeiter*innen, dass sie immer „einfach weitermachen". Sie sind so sehr gewöhnt an all die Kürzungen, Unterbezahlung und Überstunden, dass dies nicht überrascht. Aber solche Einstellungen müssen infrage gestellt und so weit wie möglich überwunden werden.

Wie bekommen wir, was wir wollen?

Das Ergebnis hängt überwiegend von der Art deiner Arbeit ab, aber auch von den Kolleg*innen und Patient*innen,

sowie vom Management usw. Als erstes muss darüber nachgedacht werden, wie man Druck aufbauen kann und was die Vorgesetzten am meisten wollen oder welche Mittel man einsetzen kann. Im Moment steht zwar die Aufrechterhaltung der Versorgung an oberster Stelle, aber wenn du und deine Kolleg*innen sich wegen der vorhandenen bzw. fehlenden Schutzausrüstung weiterhin Gefahren ausgesetzt seht, dann versucht diese Dienstleistung einzustellen.

Das mag eine große Herausforderung sein und wird viele Diskussionen erfordern. Denn emotionale Erpressung ist eine jener Sachen, denen wir bei der Organisierung von Pflege-Arbeiter*innen oft begegnen: Von *„Wer soll sich dann um die Patient*innen kümmern?“* über *„Die Leute werden darunter leiden“* bis hin zu *„Dabei könnte jemand sterben“*.

Aber denkt daran, dass dies eine absolut einzigartige Situation ist, die heutzutage bisher niemand jemals am Arbeitsplatz so erleben musste. Daher ist es sehr wichtig, dass wir versuchen solchen Meinungen und Einstellungen etwas entgegensetzen, die das Wohl der Patient*innen vor die Sicherheit der Arbeiter*innen stellen. Denn wenn wir krank werden oder sterben, dann wird es niemanden mehr geben, der die nötige Versorgung übernimmt.

Wir sind spezialisierte Arbeitskräfte und egal wie schlecht wir bezahlt oder behandelt werden, so kann man uns nur schwer ersetzen. Unsere Erfahrung und Ausbildung lehrt uns, dass wir für unseren eigenen Schutz sorgen müssen, wenn das Management erwartet, dass die Arbeit einfach weitergeht. Denn wir wissen alle, dass die nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, das selbst zu erledigen…

Die Öffentlichkeit ist ein anderer möglicher Weg, um Druck auszuüben. Die meisten Organisationen, vor allem der Nationale Gesundheitsdienst, versuchen gerade krampfhaft so zu tun, als ob sie alles „unter Kontrolle“ hätten. Doch als Arbeiter*innen wissen wir, dass dies von der Wahrheit weit entfernt ist.

Wenn du also der Meinung bist, dass das Veröffentlichen von Informationen über die gefährlichen Arbeitsbedingungen eurer Sache dienlich sein kann, dann finde einen Weg dafür. Aber achte darauf, dass dies so anonym wie möglich geschieht.

Und das Gesetz?

Da uns die Gesetze bisher nicht von großem Nutzen waren, so sind sie es heute erst recht nicht. Doch sie können trotzdem nützlich sein, wenn es darum geht Kolleg*innen zu überzeugen oder Druck auf das Management auszuüben. Es gibt verschiedene Vorschriften im Bereich der Sicherheit am Arbeitsplatz, zur Persönlichen Schutzausrüstung usw. Es macht zwar keinen Sinn, diese von vorne bis hinten auswendig zu lernen, aber es gibt einige Gesetzesstellen, die hilfreich sind, wenn man sie zitieren und bekannt machen kann (z.B. die Sektion 100 des britischen Arbeitsrechts von 1996). Im wesentlichen werden davon jene Arbeiter*innen geschützt, die angesichts gefährlicher Situationen am Arbeitsplatz ihre Leistung zurückhalten.
[vgl. im deutschen Recht: §273 BGB, sowie BAG, Urteil vom 13.03.2008, Az.: 2 AZR 88/07]



Haltet zusammen und kämpft!

Wir müssen jetzt also anfangen für mehr und bessere Schutzausrüstung zu kämpfen, aber wir müssen uns auch um einander kümmern. Wir Pflege-Arbeiter*innen erleben eine sehr stressige und beängstigende Zeit, weshalb wir heute mehr denn je zusammenhalten müssen, sowie uns um uns selbst kümmern und gegenseitig bestärken. Dieses Thema können wir nicht wie bisher vernachlässigen, denn es geht hierbei nicht um Lohnkürzungen, eine unterbesetzte Schicht oder Mehrarbeit. Diesmal geht es um unser Wohlergehen, unser Leben und unsere Gesundheit. Wenn wir jetzt nichts dagegen machen, bekommen wir vielleicht keine zweite Gelegenheit mehr dazu.

Solidarity Federation Manchester, 10.04.2020

Quelle: http://www.solfed.org.uk

Übersetzung: ASN Köln

BRITANNIEN

Coronavirus: Zusammenbruch des Neoliberalismus

Trotz aller Unterschiede, wie die verschiedenen nationalen Regierungen auf den Ausbruch von Covid-19 (Coronavirus) reagiert haben, so ist ihnen doch gemeinsam, dass ihr Verteidigung der ultra-neoliberalen Politik anfängt brüchig zu werden. Das bedeutet in Bezug auf das Vereinigte Königreich (UK), dass eine Verschiebung stattfindet vom bisherigen obersten Ziel einer Unterstützung der Wirtschaft hin zu einer Ankündigung, sich um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu kümmern. Die Vorstellung, dass der Staat nicht in die Finanzwirtschaft eingreifen darf, wurde damit praktisch über Bord geworfen.

Sogar die am stärksten ideologischen und inbrünstigsten Verteidiger*innen eines minimalen „Nachtwächterstaates" mussten angesichts der sich anbahnenden Katastrophe nachgeben, die sogar das Ende des Marktkapitalismus bedeuten könnte.

Da wir als Anarchosyndikalist*innen einen Minimalstaat nicht befürworten – denn der Staat sollte abgeschafft werden – haben wir stets eine solche Politik kritisiert. Immer haben wir betont, dass das Nationale Gesundheitssystem (NHS) besser mit öffentlichen Geldern ausgestattet werden sollte, ebenso die Eisenbahnen und das Bildungsystem. Denn dies sind Bereiche unserer Gesellschaft, die das Leben verbessern und nicht nur den Reichen dienen.

Jetzt wo ein möglicher Zusammenbruch der Fluggesellschaften bevorsteht, das öffentliche Gesundheitssystem einer enormen Belastung ausgesetzt ist und viele Unternehmen vor dem Aus stehen, wird das Laissez-faire–Modell der „unsichbaren Hand des Marktes", das es Einigen erlaubt reich zu werden und Viele ins Elend stürzt, schleunigst überarbeitet. Riesige Geldberge wachsen in den Himmel, obwohl die konservative Partei (Tories) seit Jahren behaupten, dass es nicht mehr gibt, wordurch nun große und kleine Firmen hohe Summen zur Unterstützung bekommen können.

Aber die Frage ist: Wie sollen die Arbeiter*innen und ihre Familien im Vereinigten Königreich über die Runden kommen? Wie kann der Gesundheitsdienst angesichts der Krise weiterarbeiten? Es wird deutlich erkennbar, dass ein Jahrzehnt der Sparmaßnahmen und Kürzungen seine Spuren hinterlassen hat. Die Tories haben wortwörtlich unsere Gesundheit und unser Wohlergehen verzockt. Alle, die den Brexit und eine Rückkehr zur „Britischen Souveränität" fordern, könnten nun vielleicht ohne (ausländische) Pfleger*innen und Ärzte dastehen, die sie in den Krankenhäusern und Arzt*praxen versorgen.

Wir fordern:

1) Angemessene Ausstattung des Gesundheitsdienstes und ordentlichen Schutz für Gesundheitsarbeiter*innen

2) Beschlagnahmung privater Krankenhäuser und Betten für Coronavirus-Patient*innen, ohne daß der NHS für diese Einrichtungen „Miete" zahlen muss

3) Entschädigung für Arbeiter*innen, die durch das Virus von Entlassungen oder Einkommenverlusten betroffen sind, sowie vorläufig tatsächlich auskömmliche Löhne

4) Kostenlose Tests für Leute, die sich von dem Virus infiziert fühlen

5) Aussetzen aller Mieten und anderer Rechnungen

Premierminister Boris Johnson und andere haben sogar eine Rückkehr zur „Blitz-Stimmung" [antifaschistische Durchhalte-Parole aus dem 2. Weltkrieg] gefordert, wobei ein nationalistischer Auftrieb zeigen soll, dass die Brit*innen mit der Krise klarkommen werden. Gleichzeitig haben praktische Menschen angefangen lokale und landesweite Covid-19-Gruppen für gegenseitige Hilfe zu gründen, um die Älteren, Anfälligen, Bedürftigen und Kranken in der Gesellschaft zu versorgen. Das ist eine Antwort, die wir loben: wirklich soziale und gemeinschaftliche Solidarität unabhängig von rassistischen oder geschlechtlichen Zuschreibungen, von Familientyp oder Staatsbürgerschaft.

Seid nett zu euren Nachbar*innen, helft ihnen und unterstützt Arbeiter*innen, die infolge des Virus nun Gefahren ausgesetzt sind.

Solidarity Federation Manchester, 20.03.2020

Quelle: http://www.solfed.org.uk
Übersetzung: ASN Köln

FRANKREICH

Das Bildungssystem in der Gesundheitskrise

Im Bildungssystem und überall – die Gesundheitskrise beweist das strukturelle Versagen von Staat und Kapitalismus

Seit dem Beginn der Ausgangssperre müssen wir Arbeiter*innen im landesweiten Bildungsystem unseren Auftrag unter neuen beruflichen Bedingungen erfüllen, auf die wir nicht vorbereitet waren. Wir haben uns organisiert, trotz der widersprüchlichen Anordnungen unserer Vorgesetzten und trotz ihrer völligen Unfähigkeit, für unsere Sicherheit vorzubeugen und diese zu garantieren.

Wir arbeiten weiterhin daran, unseren Bildungsauftrag umzusetzen und neu zu bestimmen. Trotz aller pädagogischer Vorschriften, die manchmal – wie in der Akademie von Créteil – erst drei Wochen nach Beginn der Quarantäne am letzten Tag vor den Ferien erlassen werden. Einige unserer Kolleg*innen sind bei der Ausübung ihrer unverzichtbaren Aufgaben erkrankt, weil sie nicht den notwendigen Schutz bekommen hatten, um ihre körperliche Unversehrtheit zu erhalten.

Wir erfüllen diese Aufgaben jedoch trotz der Hierarchie im Bildungswesen, welche bewusst die sozialen Probleme unserer Schüler*innen ignoriert:
– Unterbringung in beengten und manchmal ungesunden Räumen;
– katastrophale Bedingungen (Isolation, Gesundheitsgefahren, Hunger) von Jugendlichen, die von sozialen Diensten abhängig sind, welche jahrelang abgebaut wurden;
– häufiges Fehlen von Computerausstattung und Internetanschluss, welche die Fortsetzung eines sozialen Lebens auf Abstand und die Aufrechterhaltung einer pädagogischen Verbindung ermöglichen.

Wir fordern daher, dass unverzüglich folgende Maßnahmen ergriffen werden:

– Schutz des in den Schulen arbeitenden Personals;
– Aufstockung der Budgets von Sozialdiensten, um eine gute menschliche Betreuung der Jugendlichen, sowie die Verbesserung ihrer intellektuellen und materiellen Versorgung zu ermöglichen (Einkauf besserer Lebensmittel, Bücher, Spiel);
– sofortige und bedingungslose Anerkennung aller Migrant*innen ohne Papiere;
– unmittelbare Ausstattung mit neuer Computerausrüstung und 4G-Verbindung, um die gesamte Bevölkerung kostenlos versorgen zu können, damit alle Schüler*innen ihr unveräußerliches Recht auf Bildung garantiert bekommen und alle die Möglichkeit bekommen, ihre sozialen Anbindung aufrechtzuerhalten;
– sofortiger und völlig kostenloser Zugang zum Internet für alle in Frankreich ansässigen Personen. Das Internet muss als Gemeinwohl und öffentliche Dienstleistung betrachtet werden und sollte frei zugänglich sein, ohne jegliche Anforderungen an technische Ausstattung oder persönlicher Identifikation.

Es versteht sich von selbst, dass diese Maßnahmen, die ein Existenzminimum darstellen, nach der Gesundheitskrise, die wir jetzt durchleben, noch ausgeweitet werden müssen.

*Einige Arbeiter*innen im landesweiten Bildungssystem,*
CNT-IAA

Quelle: http://blog.cnt-ait.info
Übersetzung: ASN Köln

FRANKREICH

Airbus-Arbeiter*innen sollen wieder ans Werk

Weiterproduzieren? Ja, aber für wen und warum?

Die Pandemie wütet auf der ganzen Welt weiter. Alle sind betroffen – Alte, Junge, Kassierer*innen, Ärzt*innen. Sogar die jetzigen Abgeordneten und ehemalige Minister*innen… Der Präsident der Französischen Republik hat deutlich gemacht: Wir sind im Krieg und um diesen Krieg zu gewinnen müssen wir zuhause bleiben. Der Staat werde alle voll entlohnen, die Schutz suchen.

Ja, aber erneut zeigt sich, dass die Versprechen von Politiker*innen nur heiße Luft sind. Uns wird gesagt, dass Regieren bedeutet Voraussicht walten zu lassen: Doch sie waren nicht in der Lage genug Vorräte anzulegen für Masken, Tests und Medikamente, die uns jetzt helfen könnten

die Ausbreitung dieser Krankheit zu bewältigen. Als Präsident Macron allen Arbeiter*innen versprochen hat, daß sie bei Arbeitsausfall ohne Rücksicht auf die Kosten entlohnt würden, hat er die Folgen davon nicht vorhergesehen.

Das Ergebnis ist nun, dass sie nachgerechnet haben und jetzt nicht länger für die Kosten ihrer Improvisation aufkommen wollen. Und dass sie nun uns bitten, für die Risiken ihrer Dummheit zu mit unserer Gesundheit und vielleicht sogar mit unserem Leben zu bezahlen, wenn wir wieder zurück an die Arbeit gehen.



Als Mitarbeiter*innen der Luftfahrt-Industrie in „Okzitanien“ [Südfrankreich] haben wir daher E-Mails von unserer Personalabteilung bekommen, in der wir gebeten werden wieder an die Arbeitsplätze zurückzukehen, um das Unternehmen zu retten. Ihr Hauptargument? Hier ein Auszug der empfangenen Mail:

„Obwohl der Staat mitgeteilt hat, dass Ihre Einkommen während der vorübergehenden Arbeitslosigkeit gesichert sind, muss das Unternehmen die Löhne weiterhin zahlen und es nicht klar, ob wir diese vom Staat ersetzt bekommen.“

Mit anderen Worten: Weil die Chefs dem Staat nicht zutrauen sein Versprechen zu halten, werden wir angefragt einzuspringen. Um das Loch in der Unternehmenskasse zu füllen, welches die Kurzarbeit gerissen hat. Und wir sollen alle Risiken dabei tragen!

Um uns zu beruhigen, haben die Chefs nun Kreide gefressen und sie schwärmen uns von all den tollen Maßnahmen vor, die sie uns anbieten wollen: Desinfektionsmittel, Alkoholgel, tägliche Reinigung der Sanitäranlagen, kleine Arbeitsgruppen, Vorschriften für sicheres Abstandhalten, Maskentragen bei Bedarf…

So viele Nettigkeiten, bloß damit wir wieder schuften gehen. Aber es ist keine Rede davon, kontaktlose Handwaschbecken einzubauen, obwohl nur diese verhindern würden, dass die Wasserhähne weiterhin Übertragungswege bleiben…

Als Unterstützung für ihre Anfrage hat das Management einen Brief beigelegt, der von drei Minister*innen unterschrieben war: Lemaire [Wirtschaft], Pénicaud [Arbeit] und Véran [Gesundheit]. Darin jammern sie: *„Es ist wichtig, dass die Herstellerfabriken weiter auf französischem Staatsgebiet produzieren können.“* Dieser Brief stammt von Minister*innen des selben Staates, von dem unser Chef uns selbst gesagt hat, dass er ihm nicht zutraut, seine Versprechen zu halten…

Staat=Mörder, Gewerkschaften=Verräter*innen

Da das Personalmanagement nicht komplett dumm ist, weiß es daß wir nur mäßiges Vertrauen in das Versprechen des Staates und seiner Vertreter*innen haben. Also haben sie, um uns endgültig zu überzeugen, ein Schreiben von den Gewerkschaften (CFE-CGC, CFDT und FO Metall) unterzeichnen lassen. Diese bestätigen, dass ein *„außerordentliches Gemeinsames Beratungskomitee (CSE) es befürwortet, daß unter den zusammen vereinbarten Bedingungen an den Arbeitsplatz zurückgekehrt werden soll.“*

Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften haben sich mit den Chefs darauf geeinigt, wie wir weiter ausgebeutet werden sollen. Damit zeigt sich mal wieder, was wir schon länger sagen, daß die Gewerkschaften bloß dazu da sind, über die Länge unserer Ketten zu verhandeln – oder nun die Dichte unserer Masken!

Eines sollte klar sein: Wir sind nicht gegen das Herstellung oder Verarbeitung von Gütern und auch das Risiko macht uns keine Angst. Aber wenn es bedeutet, daß wir unsere Gesundheit und die unserer Familien auf’s Spiel setzen sollen, dann möchten wir, dass dies etwas NÜTZLICHES für alle ist. Angesichts der jetzigen Pande-

mie und der zum Stillstand gekommenen Weltwirtschaft, was ist da noch die Bedeutung und Nützlichkeit eines Arbeitsalltags? Wir würden einer Rückkehr an den Arbeitsplatz zustimmen, auch angesichts der Risiken, aber nur um medizinische Ausrüstungen, Beatmungsgeräte, Krankenhausbetten, Masken und Desinfektionsmittel herzustellen – kurz: alle Dinge, die wirklich benötigt werden und einen gesellschaftlichen Nutzen bringen. Wird AIRBUS und seine Vertragspartner*innen weiterhin militärisches Gerät herstellen und montieren?

Es sind wir Arbeiter*innen, die den gesamten Reichtum produzieren. Und wir haben gemeinsam die Macht diesen Wahnsinn zu stoppen, vor allem durch unsere Arbeitsverweigerung oder einen Generalstreik. Dann können wir alle Produktionsmittel selbst übernehmen und weiter für einen gemeinsamen Nutzen arbeiten.

Unser Leben ist mehr wert, als ihre Profite!

*Luftfahrt-Arbeiter*innen der CNT-IAA*, 29.03.2020

http://cntaittoulouse.lautre.net
Übersetzung: ASN Köln

FRANKREICH

Aufruf zum Corona-Solidaritätsstreik

„Klassensolidarität bedeutet zu vermeiden, dass unsere Kolleg*innen, dass unsere Nachbar*innen, unsere Familien kontaminiert sind. Man muss also die Arbeitsplätze verlassen, die Arbeit verlassen, sei es durch Zurückbehaltung der Arbeit oder durch Streik."

CNT-IAA

http://blog.cnt-ait.info

La solidarité de classe c'est éviter
de contaminer ses collègues,
ses voisins de quartier, sa famille
NOS VIES VALENT PLUS
QUE LEUR PROFIT ...
ACTION DIRECTE : DROIT DE
RETRAIT, GREVE GENERALE !
CNT-AIT -Anarchosyndicalisme ! - contact@cnt-ait.info

FRANKREICH

Wenn Politiker*innen labern, müssen Arbeiter*innen leiden!

Anders als bei H1N1 [„Schweinegrippe"-Pandemie] im Jahr 2009 haben viele Kolleg*innen im Gesundheitswesen bisher keine FFP2-Masken erhalten, die sie zur Versorgung der Patient*innen benötigen. Der Staat hatte zwar zwei Monate Zeit, um Vorräte für diese unverzichtbaren Schutzmaßnahmen anzulegen, aber offenbar hat er nichts unternommen. Ein Arzt sagte dazu:

*„Unseren Patient*innen nicht die Hand zu geben, reicht nicht aus. Es schützt uns nicht vor Luftverunreinigung. Es muss deutlich gemacht werden, dass der Mangel an FFP2-Masken schnell zu einem Mangel an Pflegepersonal führen kann, wenn sie unter Quarantäne gestellt werden müssen – mit allen damit verbundenen Konsequenzen."*

Es sind also klare Haushaltsentscheidungen getroffen worden: Einerseits bezahlen wir für die ganzen politischen Gipfeltreffen, Konferenzen und Kriegsräte, die theatralisch in Szene gesetzt werden. Andererseits werden aber die Arbeiter*innen im Gesundheitswesen schutzlos gelassen.

Verknappung von FFP2-Masken – Dritte Phase der Coronavirus-Epidemie

Wie wir bereits zuvor angedeutet haben, gibt es die für den Schutz der Arbeiter*innen unerlässlichen Bestände leider nicht. Die Minister Buzyn und Veran haben uns angelogen und tun dies weiterhin. Bei den paar Millionen Masken, die verteilt wurden, handelt es sich lediglich um chirurgische Masken, die nicht vor Ansteckung schützen. Der Beginn von Phase 3 ist die Verlegung von Coronavirus-Patient*innen vom Krankenhaus in die Stadt. Ärzt*-innen und Krankenpfleger*innen werden also ungeschützt mit hochgradig ansteckenden Patient*innen arbeiten müssen. Ein Recht auf Arbeitsverweigerung ist für sie jedoch ethisch unmöglich.

Die leitenden Verwaltungspolitiker*innen, die uns ebenso absurde, wie unnütze Regeln vorgeben, können wir nur als „Schweinehunde" bezeichnen! Sie haben reichlich Vorräte an LBD-Gummigeschossen und (Tränengas-)-Granaten. Und die Regierung hatte am 16. Juni 2019

anscheind noch genügend Zeit, um 25 Millionen Patronen für Sturmgewehre und 40 000 Sprenggranaten zu bestellen. Offensichtlich hat der Staat nicht dieselben Sorgen, wie die Bevölkerung.



Alle Arbeiter*innen, vor allem im öffentlichen Nahverkehr oder in Supermärkten, müssen jetzt also von ihren Arbeitgeber*innen stündliche Pausen einfordern, um sich die Hände zu waschen oder mit Desinfektionsgel zu reinigen. Falls ihnen dies nicht gewährt wird, sollten sie von ihrem Recht auf Zurückbehaltung ihrer Arbeitskraft Gebrauch machen.

Recht auf Zurückbehaltung der Arbeitskraft

Ein Mangel an gemeinsamer oder persönlicher Schutzausrüstung ermöglicht nämlich das Recht auf den Rückzug der Arbeitsbereitschaft, wie im Artikel L4131-1 des französischen Arbeitsgesetzbuchs festgelegt:

„Der Arbeitnehmer hat den Arbeitgeber unverzüglich über jede Arbeitssituation zu unterrichten, bei der er berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass sie eine ernste und unmittelbare Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit darstellt, sowie über jeden Mangel, den er in den Schutzsystemen feststellt. Er darf sich aus einer solchen Situation zurückziehen. Der Arbeitgeber darf von einem Arbeitnehmer, der von seinem Widerrufsrecht Gebrauch gemacht hat, nicht verlangen, dass er seine Tätigkeit in einer Arbeitssituation wieder aufnimmt, in der noch immer eine ernste und unmittelbare Gefahr besteht, die insbesondere aus einem Mangel des Schutzsystems resultiert.“ [1]

Aktivist*innen der CNT-IAA

Quelle: http://blog.cnt-ait.info, Übersetzung: ASN Köln

[1] vgl. im deutschen Recht: §273 BGB, sowie BAG, Urteil vom 13.03.2008, Az.: 2 AZR 88/07

SPANIEN

Erklärung der Gewerkschaft CNT-IAA zum Notstand

Diese sogenannte Covid-19-Krise ist eine weitere Systemkrise und eine der „virulentesten“ [hoch ansteckenden], denn sie lässt die Arbeiter*innen die sprichwörtliche Wahl zwischen Pest und Cholera.

Die Regierenden wiederholen gebetsmühlenartig, daß „der Virus nicht zwischen sozialen Klassen oder politischen Ideologien unterscheidet und wir alle gleich“ seien. Doch das stimmt nicht.

Telearbeit in einem bequemen und geräumigen Zuhause ist nicht das Gleiche, wie viele Stunden an der Supermarktkasse zu arbeiten. Einen Balkon, eine Terrasse oder einen Garten zu haben, ist nicht das Gleiche, wie in einem vollen Mietshaus zu wohnen. Es ist nicht das Gleiche, einen festen Job und Einkommen zu haben, wie diejenigen Arbeiter*innen, die nun wegen Unternehmensschliessung auf die Straße gesetzt werden, oder die Freiberufler*innen, welche ihrer Arbeit jetzt nicht mehr nachgehen können.



Die Regierung hat eine Ausschüttung von Geldern angekündigt, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzumildern, aber wir haben ernste Bedenken, wer von diesen Maßnahmenpaketen profitieren wird. Denn unsere Erfahrung lehrt uns, dass es immer wir Arbeiter*innen sind, welche die Krisen bezahlen müssen.

Die CNT-IAA hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt:

– Bezahlten Urlaub für Arbeiter*innen, die aufgrund einer für diese Krise getroffenen Maßnahmen ihren Arbeitsplatz verlassen mussten

– Sofortigen Arbeitsstopp mit bezahltem Urlaub in allen nicht lebensnotwendigen Industrien und Dienstleistungen

– Automatische und spürbare Lohnerhöhung für alle Arbeiter*innen, die in Bereichen weiterarbeiten müssen, wie Supermärkte und Lebensmittelgeschäfte, Apotheken, Lebensmittelverteilung, Sozialarbeit, Reinigung, Wartung und Gesundheit (sowohl medizinisch als auch Verwaltung), in der Reinigung, Instandhaltung usw.

– Aufwertung der Pflege: Vergütung für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlassen haben, um Angehörige oder von Covid-19 Betroffene zu pflegen, sowie wirksame Maßnahmen für Hauswirtschafter*innen

– Dringende menschliche Hilfe für Obdachlose, Zwangsgeräumte, Migrant*innen und alle Leute, die sich in einer verwundbaren Lage befinden. Wir fordern, dass allen Menschen, die in Einsamkeit oder Armut leben, kostenlose Nahrungsmittel, Hygieneprodukte und Medikamente zur Verfügung gestellt werden.

– Aussetzung der Zahlungen für lebensnotwendige Versorgung mit Strom, Wasser oder sanitären Einrichtungen, sowie natürlich auch keine Kürzungen dieser Angebote.

– Die private Gesundheitsfürsorge muss alle ihre materiellen und personellen Ressourcen kostenlos in den Dienst der öffentlichen Gesundheitsfürsorge stellen, als Ausgleich für die vielen Vorteile, die sie im Laufe der Jahre aus der öffentlichen Hand erhalten haben; diese Ressourcen dürfen nicht wieder in Privateigentum zurückgegeben werden.

– Aussezten von Hypotheken- und Mietzahlungen für alle Familien, deren Einkommen aufgrund der Krise zurückgegangen ist, und Aussetzung aller Zwangsräumungen

– Freilassung aller gefährdeten Gefangenen über 65 Jahre, Schwangeren, unheilbar Kranken oder solchen mit Lungenkrankheiten, Herzinsuffizienz, Nierenversagen, Diabetes und Immunsupprimierte bzw. Krebskranke während Chemo- oder Kortisontherapie

– Stopp und Rücknahme aller gesellschaftlichen Sanktionen, die nur dazu dienen, die Menschen zu Schuldigen zu machen, sie zu lähmen und zu erschrecken

– Sofortigen Rückzug der Armee von den Straßen, damit die Arbeiter*klasse mit all der notwendigen Persönlichen Schutzausrüstung und der bereits erwähnten Lohnerhöhung deren Arbeit weiterführen kann

Als Arbeiter*klasse haben wir schon viel zu lange die Last dieses System auf unseren Schultern getragen. Die Zeit ist gekommen, um zu sagen: Schluss jetzt!

Organisieren und kämpfen!

CNT-AIT

Quelle: https://iwa-ait.org, Übersetzung: ASN Köln

POLEN

Keine Zeit für Angst!
Es ist Zeit zu handeln!

Die *Polnische Syndikalistische Gewerkschaft* (ZSP-IAA) hat auf den Ausbruch der Coronavirus-Pandemie mit Aufrufen zu verschiedenen Arbeitskämpfen reagiert. Sie plant eine Mobilisierung, sobald es wieder möglich ist, sich öffentlich in Versammlungen zu treffen.

Zunächst legen sie Wert darauf, dass die Arbeiter*innen, die zuhause bleiben wollen (und es müssen), dies auch tun sollten. In Polen ist dies sogar vom Arbeitsgesetz geschützt, jedoch sind manche Arbeiter*innen nicht davon betroffen, da die Arbeitgeber*innen das Zivilrecht für ihre Verträge ausnutzen. Mit solchen Verträgen sind in Polen Millionen Arbeiter*innen von einem Schutz durch das Arbeitsrecht ausgeschlossen [z.B durch Scheinselbständigkeit, Werkverträge oder Auftragsarbeiten].

Darüber hinaus haben einige Arbeitgeber*innen ihre Untergebenen bedroht, die zuhause bleiben wollen oder über ihre Recht nicht Bescheid wussten. Eine weitverbreitete Drohung ist, dass bei ausbleibender Leistung die Firma wirschaftlichen Schaden nehmen würde und daher Personal abgebaut werden müsse. Das würde bedeuten, dass die Arbeiter*innen gefeuert werden, weil sie ange-

sichts dieser Situation ihr Recht auf Leistungsverweigerung wahrgenommen haben.

Ein Bereich, in dem die ZSP seit einigen Jahren aktiv ist, ist die Postbehörde. Diese ist einer jener Betriebe, die nach Ansicht der Regierung auch während der Pandemie weiterlaufen müssen. Die ZSP hat daher die Postarbeiter*innen zu Aktionen aufgerufen und die Belegschaft über ihre Rechte informiert, da das Management ihnen sogar Falschinformationen gegeben hat. Darin war behauptet worden, dass man nur zuhause bleiben dürfe, wenn man für diese Zeit auf den Lohn verzichten oder Urlaubstage opfern würde (was ein Einverständnis erfordert). Momentan ist es schwer abzuschätzen, wieviele Leute tatsächlich die Arbeit verweigern und – ironischerweise – fühlen sich nun einige Arbeiter*innen dazu verpflichtet, aus einer Art gesellschaftlicher Verantwortung heraus der Allgemeinheit zu dienen.



Tatsächlich betätigen sich einige Gewerkschaftsmitglieder der ZSP an öffentlichen Hilfsmaßnahmen (unter Beachtung der sozialverantwortlichen Vorsichtsmaßnahmen), beispielsweise in der Gesundheitsversorgung oder mit Lebensmittellieferung für Leute in Selbstisolation bzw. verordneter Quarantäne, sowie durch Ausgabe von Masken an Arbeiter*innen oder durch Einflussnahme auf die städtischen Behörden.

Die Gewerkschaft in Warschau versucht auch an einem nächstmöglichen Termin eine Kundgebung zu organisieren, um ihre Forderungen an die Regierung zu stellen. Diese hat außer hohlen Versprechungen an die Arbeiter*-bewegung bisher nichts dafür getan hat, um dem Phänomen der „Schrottverträge" etwas entgegen zu sezten. Sobald die Situation eine größere Veranstaltung zulässt, wird die ZSP die prekären Arbeiter*innen zu einem Protest gegen ihre Lage aufrufen.

Einige der lokalen Gewerkschaftsmitglieder sind auch in Mieter*innen-Vereinigungen aktiv, die jetzt von der Stadt fordern, die Mieten für jene auszusetzen, die von der Situation am schlimmsten betroffen sind (Der Stadtpräsident von Warschau hatte die Leute gegen sich aufgebracht, indem er als erstes einigen Arbeiter*innen Hilfe versprach, aber für die Haushalte nichts übrig hat.) Obwohl die Regierung einigen Arbeiter*innen – auch denen mit Werksverträgen – ihre Unterstützung zugesagt hat, betont die Gewerkschaft, dass viele Leute für diese Hilfe nicht anspruchsberechtigt sein werden. Und dass zahlreiche Arbeiter*innen mit zivilrechtlichen Verträgen ohne Garantien oder Kündigungsfristen bereits ihre Jobs verloren haben und noch monatelang unter darunter werden leiden müssen.

Die ZSP hatte Mitte März zwei Erklärungen herausgegeben:

Eine davon war eine gezielte Antwort auf das geplante Krisenpaket der Regierung.[1] Dieses sieht vor, dass den Unternehmen auf vielfältige Weise geholfen wird und gleichzeitig Millionen Arbeiter*innen, die Werkverträge abgeschlossen haben, eine geringe Einmalzahlung bekommen [in Höhe von 80% des MIndestlohns, also ca. *328 EUR*]. Wie die Gewerkschaft von Anfang an mehrfach betont hat, ist der Abschluss von Werkverträgen [nach bürgerlichem Recht] ein betrügerischer Weg, um die Verpflichtungen eines Arbeitsvertages zu umgehen. Solches Verhalten wird von staatlichen Einrichtungen passiv unterstützt, die das eigentlich unterbinden sollten. Die Staatliche Arbeitsaufsicht trifft keine wirksamen Maßnahmen und schaut bei Ausbeutung durch die Arbeitgeber*innen oft darüber hinweg. Auch die Gerichte haben offenkundig ignoriert Gesetze zu erlassen und schützen damit die Gewinne der Unternehmen.

Die Gewerkschaft ruft die Regierung daher bei dieser öffentlichen Rettungsmaßnahme zum Handeln auf, denn wenn sie Anträge auf Hilfszahlungen erhält, sollte sie Informationen darüber sammeln, welche Arbeitgeber*-innen solche betrügerischen Werksverträge abschließen. Dabei vertritt die ZSP die Ansicht, dass all diesen Arbei-

ter*innen zwar jetzt geholfen helfen muss, aber dass solche hinterhältigen Unternehmen keine Steuergelder mehr bekommen sollten. Wenn diese ihre Belegschaften nicht entschädigen wollen, welche sie fälschlicherweise nicht als ihre Mitarbeiter*innen ansehen, dann sollten solche Firmen dafür mit Geldbußen belegt werden und diese Einnahmen sollten dafür verwendet werden, die Arbeiter*innen zu bezahlen.

Aber dazu ist der Staat nicht bereit, denn er hat ja die Ausbeutung durch Arbeitgeber*innen mittels Werkverträgen in den letzten drei Jahrzehnten unterstützt. Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft hat stets darauf hingewiesen, daß der Staat damit zum Mittäter in einem System des organiserten Diebstahls wird. Und daher muss weiterhin Druck aufgebaut werden, um nennenswerte Fortschritte zu erzielen und mehr Sicherheit für die prekären Arbeiter*innen zu gewährleisten, die sich nun in einer sehr schwierigen Lage befinden. […]

In ihrer ersten Stellungnahme hatte die ZSP versucht die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass Millionen von Arbeiter*innen nun Probleme haben, weil sie nicht unter das Arbeitsrecht fallen und daher angesichts der erzwungenen Untätigkeit keine Ansprüche auf Entschädigung haben. Das Gesetz sieht vor, dass in so einer Situation die Erwerbstätigen mit normalen Arbeitsverträgen sogar Geld bekommen ohne zu arbeiten, aber die Werksvertrag-Arbeiter*innen komplett leer ausgehen. Dieses Thema wurde in Polen breit diskutiert und die Regierung hat inzwischen darauf geantwortet, indem sie geringe Einmalzahlungen für manche (aber nicht alle) dieser Werktätigen angeboten hat. Aber wer unter der Hand informell arbeitet oder erwerbslos ist, bekommt diese Unterstützung nicht.

Związek Syndykalistów Polski (ZSP-IAA)



[1] Beide Stellungnahmen sind in dem vollständigen Artikel auf Englisch oder Spanisch enthalten, siehe https://iwa-ait.org (bzw. https://iwa-ait.org/node/812, im Original unter https://zsp.net.pl)

Übersetzung: ASN Köln

RUSSLAND

Zur Verhängung der Ausgangssperre

Die Regierung hat nun endlich ihre demokratische Maske fallengelassen. Durch Anordnung der Verwaltung in Moskau und dutzenden anderer Regionen wurde den Bewohner*innen aus Anlass der Coronavirus-Epidemie verboten die Wohnungen zu verlassen, in denen sie leben. Dadurch wurde sozusagen ein totalitäres Regime errichtet, denn allein in der Hauptstadt, der größten europäischen Metropole, sind etwa 15 Millionen Einwohner*innen praktisch Gefangene.

Die Unglücklichen oder Draufgänger*innen, welche das tagelange Eingesperrtsein in den vier Wänden ihrer kleinen Zellen nicht ertragen können, werden mit hohen Bußgeldern oder Gefängnis bestraft. In einigen Städten wurden bereits besondere Passierscheine ausgestellt, um das Haus zu verlassen. In Moskau wird eine ähnliche „Neuerung“ noch diskutiert. Es werden Methoden der totalen Überwachung eingeführt, die uns an die dunkelsten Seiten von Orwell [„1984“] oder an dystopischen Cyberpunk erinnern.

Das öffentliche Gesundheitssystem in Russland wurde, wie in vielen anderen Ländern, fast vollständig zerschlagen oder größtenteils geschwächt. Die Politiker*innen, welche die Interessen der Reichen verteidigen, sind dabei verantwortlich für die „Verbesserungen“ der letzten Jahrzehnte.

Denn dadurch ist es fast auf der ganzen Welt schon zum Problem geworden, nichtmal hunderttausende, sondern sogar nur einige Hundert ernsthaft erkrankte Leute zu behandeln. Eben aus diesem Grund ist wegen der Epidemie eine Massenpanik entstanden, die in den Medien und bei den herrschenden Kreisen verschiedener Länder zu erkennen ist. Sie versuchen nun diese Probleme mit kurzfristigen Notmaßnahmen zu lösen, wie das vorübergehende Umstrukturieren der bestehenden Krankenhäuser und Reha-Kliniken, die zeitweise Lohnerhöhung für Ärzt*innen oder befristete Investitionen in das Gesundheitswesen. Dabei wird jedoch der allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche Kurs beibehalten, um die Interessen der größten Kapitalist*innen und obersten Beamt*innen zu wahren.

Im heutigen Russland wird die Bevölkerung mit Hausarrest und Arbeitsplatzverlust bestraft, wobei ihre Fähigkeit ein normales Leben zu führen eingeschränkt wird, da sie der neoliberalen „Optimierung“ des Gesundheitssystems nicht genug entgegengesetzt hatte: Abbau der Betten, Verdrängung von Fachkräften aus der Pflege, Schließung von Notfallabteilungen, Verkauf von Forschungseinrichtungen, Auslagerung medizinischer Dienste an die Privatwirtschaft (statt sie zu unterstützen), Zerschlagung des medizinischen und professionellen Untersuchungsystems, usw.

Die totalitären Regierungsmaßnahmen haben jetzt der sozio-ökonomischen Lage der Arbeiter*schaft einen schweren Schlag versetzt. Die Schließung vieler Unternehmen, Firmen und Dienstleistungen entzieht tausenden Arbeiter*innen ihre Lebensgrundlage. In einigen Fällen wurden ihnen materielle Entschädigung versprochen, aber nicht genug, um davon leben zu können. Zahlreiche Firmeneigentümer*innen weigern sich, wegen der Schließung weiterhin die Löhne zu zahlen.

Die verletzlichsten Teile der Arbeiter*schaft sind daher in einer besonders schwierigen Lage, darunter die „informell“, ohne Vertrag oder in der „Schattenwirtschaft“ Arbeitenden. Sie werden überhaupt nichts bekommen! Im Gegensatz dazu wird jenen, die zum Weiterarbeiten gezwungen werden (Transport, Gesundheit, Einzelhandel usw.), meist sogar die grundlegende Schutzausstattung gegen Infektionen vorenthalten.

Die Behörden haben die materielle Last der Krisensituation komplett auf den Schultern der Arbeiter*innen abgeladen. Die herrschende Oligarchie will die Reichen jenoch nicht dafür zahlen lassen. Stattdessen werden auf die kleinen Ersparnisse der Leute, die sie jahrelang zusammengekratzt haben, jetzt neue Steuern erhoben.



In dieser schwierigen Zeit protestiert die russische Sektion der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziaion gegen das totalitäre Vorgehen der Regierung und zeigt sich vollkommen solidarisch mit allen Arbeiter*innen. Dabei ist ihr bewusst, dass unter den Bedingungen eines allgemein verhängten Hausarrests die Möglichkeiten eines massiven und offenen Widerstandes kaum vorhanden sind. Aber jede Person, die nun gezwungen ist zuhause zu sitzen oder weiterzuarbeiten, kann mehr als andere die eigenen Fähigkeiten bewerten und ihre Handlungsmöglichkeiten abschätzen.

Natürlich ist diese Epidemie nun mal eine Seuche und sogar falls ihre Gefährlichkeit hysterisch übertrieben sein sollte, ist es trotzdem nötig die grundlegenden Regeln der individuellen Hygiene einzuhalten. Daher ist es umso nötiger, von der Regierung und den Chefs weitere Maßnahmen zur Gewährleistung angemessener Arbeitssicherheit einzufordern. Diese muss noch heute allen zur Verfügung gestellt werden, die weiterarbeiten müssen. Und ihnen muss die komplette Schutzausrüstung auf Kosten der Unternehmen oder des Staates geliefert werden, so wie auch die übliche Gesundheitsversorgung weitergehen muss, usw. Die Kollektive der Arbeiter*innen sollten daher diese Forderungen aufstellen und mit Nachdruck verfolgen, bis hin zur Organisierung von Streiks, wo noch gearbeitet wird.

Allen, die nun zur Erwerbslosigkeit gezwungen sind, ob vorübergehend oder dauerhaft, sollte weiterhin ihr Lohn ausgezahlt werden. Diese Forderung muss an erster Stelle stehen! Wenn das entsprechende Unternehmen oder die Einrichtung pleitegeht, muss der Staat diese Zahlungen übernehmen, denn er hat schließlich diesen Arbeitsstopp verhängt. Er könnte sich das Geld ja von den Milliardär*innen zurückholen!

Den Menschen müssen auch angemessene Möglichkeiten zum Einkauf in den Geschäften oder das Spazierengehen ermöglicht werden, was ja auch die Abwehrkräfte stärkt. Für dejenigen, welche vom Staat unter Hausarrest gestellt wurden, sind neuen Formen von Protest und Widerstand ohne Bezug zum Arbeitsplatz möglich. Beispielsweise der Mietstreik und ein Boykott von Nebenkostenzahlung, nach Vorbild des Mieter*innen-Streiks, den die spanischen Anarchosydikalist*innen am 01. April begonnen haben!

Und natürlich bleibt die gegenseitige Hilfe „von unten“ das Wichtigste in Bezug auf die erzwungene soziale Isolation,, durch welche die Regierung versucht unsere sozialen Verbindungen zu kappen: Hilfe beim Einkauf für alle, die nicht nach draußengehen können, aber auch Unterstützung von Kranken und Menschen in Quarantäne, sowie die Solidarität miteinander.

Die Arbeiter*innen sind daher aufgerufen, nicht den Kontakt zueinander zu verlieren, nicht dem verordneten gesellschaftlichen Ausschluss zu unterliegen und sich stattdessen zu organisieren. Zunächst in sozialen Netzwerken, dann am Wohnort und wenn möglich am Arbeitsplatz, um ihre Menschen- und Arbeitsrechte, sowie ihre Interessen zu verteidigen.

Unsere Rechte sind nicht in Quarantäne!
Nicht klagen, sondern kämpfen!

*Konföderation revolutionärer Anarcho-Syndikalist*innen (KRAS-IAA)* [Конфедерация революционных анархо-синдикалистов]

Quelle: https://iwa-ait.org, Übersetzung: ASN Köln

ÖSTERREICH

Wien: Spontane Kundgebung bei Caritas-Warnstreik

Das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat berichtet über ihre Teilnahme an einer Warnstreik-Kundgebung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Ende Februar anlässlich einer Betriebsversammlung in der Branche „Gesundheit & Soziales“.

Denn die Belegschaften in der katholischen Sozialwirtschaft kämpfen derzeit um die Einführung einer 35-Stunden-Woche und hatten daher einen Teil des Tages die Arbeit niedergelegt. Bei einer anschließenden Spontanblockade einer Hauptverkehrsstraße wurden zahlreiche Arbeiter*-innen von Funktionär*innen der reformistischen ÖGB-Gewerkschaft GPA als Unruhestifter*innen angefeindet:

„[…] Nach Abschluß der Kundgebung, die trotz allem von motivierten KollegInnen getragen wurde, auch welchen, die beim WAS organisiert sind, haben viele Caritas-KollegInnen noch Lust gehabt, weiter zu demonstrieren. Dazu gingen rund 100 Menschen auf den Zebrastreifen, verließen diesen aber nicht mehr und begannen eine spontane Kundgebung und Blockade am Gürtel, um dieser etwas mauen Kundgebung noch ein wenig kämpferische Stimmung folgen zu lassen. Nicht zuletzt auch um die ganze Aktion wenigstens minimal von der appellativen Ebene wegzubringen und – neben dem Streik – ein wenig Druck zu erzeugen und dem Gefühl „daß es rumort“, Ausdruck zu verleihen.

Was anschließend passierte, ist genauso unglaublich wie letztendlich entlarvend für die derzeit etablierten vertretungsdemokratischen und gesetzlich vorgegebenen Stukturen, … da stehen also 100 motivierte KollegInnen am Gürtel nahe dem Hauptbahnhof, blockieren diesen und fangen mit einer Spontankundgebung an. Unverzüglich, zucken etliche Wichtigmenschen der unterschiedlichen Caritas-Betriebsräte und der GPA komplett aus und stellen sich offensiv gegen die eigenen KollegInnen! [...]

Was hier passiert ist, ist symptomatisch für eine Gesellschaft, die vergessen hat, wie die sozialen Errungenschaften erkämpft worden sind. Nicht nur daß es von Betriebsrats- und ÖGB-Seite keinerlei Bewußtsein für Kampfmaßnahmen und Druckaufbau gibt – nein – auch ist die Kontrolle über jegliche Aktivität der HacklerInnen das Wichtigste. Sobald eine Belegschaft tatsächlich selber Schritte setzten möchte, werden unverzüglich alle Methoden angewandt, um Einfluß auf die Kämpfe auszuüben. Diese Entgleisung und das offensive Handeln gegen die eigenen KollegInnen zeigt uns einmal mehr, daß ‚unsere VertreterInnen‘ nur dazu da sind, unsere Wut zu kanalysieren, keinen aufrichtigen Protest aufkommen zu lassen und uns strukturell lediglich zu befrieden. Bei den kleinsten Anzeichen für selbständiges Handeln der ArbeiterInnen werden alle Masken fallengelassen und es wird panisch herumgeschrien. Das gelingt freilich nur solange die ArbeiterInnen sich auch beherrschen lassen. […]“



Quelle: https://wiensyndikat.wordpress.com

INDIEN

Die Folgen der Ausgangssperre

Das Coronavirus und die Folgen der Ausgangssperre, welche ohne genaue und angemessene Planung verhängt wurde, haben fatale Auswirkungen auf die Arbeiter*klasse. Allein in der Hauptstadt Delhi müssen wegen dem Ausgehverbot hunderttausend Arbeiter*innen ohne Bezahlung zuhause bleiben.

Hinzu kommt, dass wegen der Schließung der öffentlichen Verkehrsmittel, wie Eisenbahn und Fernbusse, nun viele Arbeiter*innen in ihre Dörfer zurückkehren und dabei hunderte Kilometer zu Fuß gehen müssen! Genauso dramatisch ist die Lage in dem Bundesstaat Madhya Pradesh.

Gesundheitsarbeiter*innen stehen bei dieser Krise in der ersten Reihe. Wegen der Vernachlässigung durch das Regierungssystem haben sie nichtmal angemessene Schutzausrüstung. Darüber hinaus befinden sich auch die Arbeiter*innen in verschiedenen anderen Dienstleistungsbereichen dauerhaften Gefahren ausgesetzt.

Die Libertäre Solidaritätsfront (Muktivadi Ekta Morcha, MEM) fordert gemeinsam mit den Arbeiter*innen von der Zentralregierung und der Regionalverwaltung von Madhya Pradesh besondere Schutzmaßnahmen und Versorgung für die prekären und mutigen Arbeiter*innen.

Die Forderungen sind:

1) Unternehmen und Regierung müssen sicherstellen, dass die Arbeiter*innen im informellen Sektor eine monatliche Entschädigung von 7.000 Rupien [85 Euro] bekommen.
2) Hochwertige Sicherheitsausrüstung, wie Masken, Handschuhe usw., müssen den Arbeiter*innen im Transport- und Reinigungsgewerbe, sowie in allen wichtigen Dienstleistungsbereichen zur Verfügung gestellt werden.
3) Während der Pandemie und darüber hinaus sollten Reinigung- und Transportarbeiter*innen ordentliche Arbeitsverträge und höhere Löhne, sowie längere Liefer- und Ladezeiten bekommen, damit sie für ihr Auskommen nicht 12 Stunden arbeiten müssen.
4) Außerdem sollte den irregulär Arbeitenden oder Erwerbslosen eine monatliche Mindestzulage gezahlt werden.
5) Allen Arbeiter*familien und ihren Angehörigen müssen sofort kostenlos mit Essen, Treibstoff, Medizin und Pflege versorgt werden.

Muktivadi Ekta Morcha

Quelle: https://www.facebook.com/muktivadi/
Übersetzung: ASN Köln

INTERNATIONAL

Solidarität mit den Arbeiter*innen in Bangladesch

Die Covid-19-Pandemie ist weltweit verbreitet und wird alle Ländern unterschiedslos betreffen. Die westlichen Staaten, wie Frankreich, Spanien oder Italien sind bereits stark betroffen, was an der unzureichenden medizinischen Infrastruktur liegt, sowie an der fehlenden Zahl von Schutzausrüstung liegt, wie beispielsweise Masken.

In den sogenannten armen Ländern ist die Lage noch weitaus schlimmer. Manchmal fehlt es an dem Nötigsten, angefangen bei Seife, denn es ist ja bekannt, dass die wichtigste Schutzmaßnahme das regelmäßige Händewaschen ist.

Genoss*innen aus der bengalischen Sektion der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation, der BASF-IAA, haben gemeinsam mit den australischen Genoss*innen eine Spendenkampagne gestartet, um an die überwiegend weiblichen Arbeiter*innen auf den Tee-Plantagen in Sylhet Seife zu verteilen. Diese gehören zu den Ärmsten und am meisten Ausgebeuteten in Bangladesch, da sie und ihre Familien oft mit weniger als 2 Euro pro Tag überleben müssen.

Spenden können online gegeben werden:
https://www.gofundme.com/f/solidarite-bangladesh-basf

CNT-IAA Paris

Quelle: http://blog.cnt-ait.info/post/2020/03/26/BASF-en
Übersetzung: ASN Köln

NACHTRAG:

Eine erste Lieferung Seife ist mittlerweile bei den Tee-Arbeiter*innen der BASF in Sylhet angekommen!

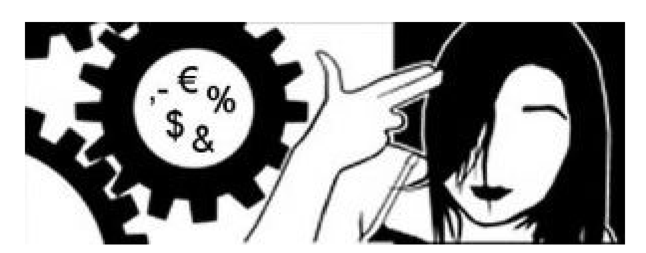
INTERNATIONAL

Dieses System macht uns krank!

Erklärung der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) zur Covid-19-Pandemie:

In vielen Ländern sind die Menschen von einem riesigen Gesundheitsproblem betroffen. Durch das Wesen des kapitalistischen Systems und der Ausbeutung von Arbeiter*innen auf vielen Ebenen, ist es möglich, dass noch mehr von uns Opfer der Vernachlässigung und Abwertung durch die herrschende Klasse werden.

Von dieser Plage ist unsere Gesellschaft mit ihren sozialen, sowie wirtschaftlichen Beziehungen bereits betroffen. In dieser Situation, wie auch in allen anderen, müssen wir uns nun auf uns selbst verlassen, um unsere Gesundheit und unser Leben zu erhalten.



Die Mitglieder der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) haben auf ihre Lage vor Ort bereits unterschiedlich reagiert. Als Verfechter*innen eines Generalstreiks zur Schwächung derjenigen, die uns unterdrücken und ausbeuten, sehen wir keinen besseren Zeitpunkt für die Arbeiter*klasse in bestimmten Ländern für solche eine Selbstverteidigung zum Schutz ihrer Gesundheit. Und um die Kraft der gemeinsamen Aktion gegen die Macht von Kapital und staatlichem Zwang aufzuzeigen.

Unsere Mitgliedsgewerkschaften haben daher verschiedene Forderungen gestellt und rufen zu lokalen Aktionen auf. In manchen Ländern führen sie auch einige konkrete Arbeitskämpfe. Auf weltweiter Ebene gibt es jedoch mehrere allgemeine Standpunkte und Forderungen, die angesichts der aktuellen Pandemie verbreitet werden sollten:

1) Krankengeld für alle Arbeiter*innen, die aufgrund staatlich verordneter Maßnahmen, wirtschaftlicher Kürzungen, sowie aus anderen Gründen, oder aufgrund einer Erkrankung von ihren Arbeitgeber*innen nach Hause geschickt wurden, muss gezahlt werden.

Eine große Mehrheit der Arbeiter*klasse rund um den Erdball kann kaum die eigenen Grundbedürfnisse erfüllen und sich daher keinen Lohnausfall leisten. Jene, denen dies dennoch passiert, sind davon bedroht erneut zu Opfern zu werden – unter anderem durch Vermieter*innen und Kreditgeber*innen. Mehrere Regierungen haben bereits Hilfspakete für Unternehmen verkündet, aber die Eliten sind weitaus weniger großzügig gegenüber den Arbeiter*innen. Sobald die Pandemie nachlässt, muss daher die Arbeiter*klasse dafür kämpfen, dass Lohnforzahlung im Krankeitsfall ein dauerhaftes Recht für alle wird.

2) Wir unterstützen die sofortige Arbeitsniederlegung (mit Krankengeld) aller Arbeiter*innen in nicht-lebenswichtigen Industrien und Dienstleistungen aller Bereiche, welche von der Verbreitung dieses Virus bedroht sind. Wenn die Chefs oder der Staat die Leute bedrohen oder zwingen trotz der Risiken weiter zu arbeiten, rufen wir dazu auf Streiks, Solidaritätsstreiks oder andere Arten der direkten Aktion zu organisieren. Es braucht nun abgestimmte Solidarität und gegenseitige Unterstützung, um deutlich zu machen, dass wir uns nicht aufhalten lassen.

3) Wir fordern sofortige und deutliche Lohnerhöhungen für das gesamte medizinische Personal (inklusive des „nicht-medizinischen“, wie Reinigungskräfte in Gesundheitseinrichtungen). Und diese Lohnerhöhungen müssen von Dauer sein. Denn eine der größten Todesursachen in vielen Ländern der Welt ist der mangelnde Zugang zu Gesundheitsversorgung, der durch massive Unterfinanzierung verursacht wurde, da die Regierungen beschlossen hatten, das Geld anderswo auszugeben anstatt für die dringendsten menschlichen Bedürfnisse.

Viele Arbeiter*innen im Gesundheitswesen sind weit unterbezahlt und kämpfen seit Jahren dagegen an. Sie werden jeden Tag auf’s Neue ausgebeutet und abgewertet, doch wird von ihnen eine totale Verausgabung verlangt, um in Situationen wie dieser das Leben anderer Menschen zu retten, dabei jedoch ihre eigene Gesundheit und ihr Wohlergehen großen Gefahren auszusezten.

Wir müssen also dafür kämpfen, dass der Staat (den wir bloß als derzeitige Verwaltung unserer gemeinsamen öffentlichen Gelder ansehen) gründlich dafür sorgt, den Gesundheitsschutz für die Bevölkerung durch eine Neuausrichtung der Sozialpolitik zu sichern. Daher möchte die IAA alle Arbeiter*innen daran erinnern, dass der Staat den

Menschen ihre Fähigkeit entzogen hat, über ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen, und er meistens im Interesse des Kapitals handelt. Wir müssen uns daher diese Kraft von ihm zurückholen, um ein wirklich soziales und gleichberechtigtes Fürsorgesystem für alle Mitglieder der Gesellschaft gemeinsam einzuführen.

4) Wir fordern unmittelbare Lohnzuschläge für alle Arbeiter*innen, die in unterschiedlichen Funktionen gebraucht werden, welche für einen reibungslosen Ablauf sorgen: von Supermarkt-Kassierer*innen über Arbeiter*innen in Transport, Herstellung und Versorgung mit Lebensmitteln, von Sozialarbeiter*innen bis zu Entsorgungsarbeiter*-innen. Alle, die jetzt unter erhöhtem Risiko arbeiten während andere zuhause bleiben, verdienen unsere gegenseitig Hilfe und Unterstützung. Wo es möglich ist, rufen wir die Menschen dazu auf, diesen Leuten bei ihrer Arbeit zu helfen, um ihnen eine Pause zu ermöglichen oder ihre Last zu teilen. Wenn solche Arbeiter*innen angesichts der Notlage zu noch mehr Überstunden gezwungen werden, sollten sie dafür schnellstmöglich einen zusätzlichen bezahlten Freizeitausgleich bekommen, sobald die Situation das zulässt.

Es muss betont werden, dass viele solcher Arbeitsverhältnisse, ohne die das Leben in städtischen Ballungsräumen fast unmöglich ist (wie Arbeiter*innen in Landwirtschaft und Nahrungsversorgung), in vielen Ländern zu den am schlechtesten bezahlten gehören. Wir müssen uns daher in unseren Aufrufen und Kämpfen für eine Lohnangleichung einsetzen und die enormen Widersprüche der kapitalistischen Logik überwinden. Denn diese ist nicht in der Lage den Großteil der Erwerbstätigen angemessen zu entlohnen, welche sie nur als austauschbare Ersatzteile ansieht, aber nicht als lebendige Mitglieder unserer menschlichen Gemeinschaft.

5) Wir fordern absolut freien Zugang zum Gesundheitssystem für alle, die von der aktuellen Krise betroffen sein könnten. Diese Forderung sollte in unseren Kämpfen auch dauerhaft gestellt werden.

6) Wir fordern eine besondere Notfall-Unterstützung für alle Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben oder die in schlechten hygienischen Verhältnissen leben. Allgemein betrifft dies Wohnungslosigkeit, Wohnungsarmut und verschiedene Formen tragischer Verdrängung, was jedes Jahr zu vielen Toten und Krankheiten führt, dabei auch zum allgemeinen Elend beiträgt. Davon sind riesige Teile der Weltbevölkerung betroffen und dies kann in erster Linie durch gesellschaftliche Unterstützung bewältigt werden. Und durch einen dauerhaften Kampf gegen jene Klasse von Kapitalbesitzer*innen, welche von ihrem Besitz an Privateigentum und dem Zugriff darauf profitieren.

Die Welt hat bisher auch kaum auf die zahlreichen humanitären Krisen reagiert, die durch Krieg und Naturkatastrophen verursacht werden, wobei deren Opfer ebenfalls unsicheren und oft lebensbedrohlichen Bedingungen ausgesetzt sind.

7) Wir fordern, dass alle von der Bevölkerung benötigten Materialien zur Verfügung gestellt werden, besonders wenn Menschen sich diese nicht leisten können. Unsere gemeinsamen öffentlichen Gelder sollten darauf verwendet werden, dass die verletzlichsten Teile der Bevölkerung einen Zugang zu Hygieneprodukten, vorbeugenden Mitteln und Medikamenten bekommen.

Diese sieben Forderungen sind das Mindeste, wofür wir uns einsetzen. Doch um die Notlage etwas gesundheitsförderlicher enden zu lassen, müssen wir für den weiteren allgemeinen Schutz der Bevölkerung kämpfen, denn dieser darf nicht ein Vorrecht der Reichen bleiben. Die Arbeiter*klasse sollte sich also bewußt werden, dass es nicht der Staat oder die Chefs sind, welche die Gesellschaft am Laufen halten, sondern die Arbeiter*innen selbst.

Die Ausgaben, die wir einfordern, um eine sichere und gerechte Gesellschaft insgesamt aufrecht zu erhalten, sind ja unsere gemeinsamen Gelder. Und wir haben das absolute Recht, darüber zu bestimmen in welcher Gesellschaft wir leben möchten: Eine, welche die alten, kranken und unterprivilegierten Massen als verzichtbar ansieht – oder eine Gesellschaft, die für alle sorgt und jede*n als wichtig und respektabel behandelt.

Der Staat, die Chefs und andere, die von der Arbeitskraft der Menschen leben, dürfen nicht weitermachen können wie bisher. Zu viele Menschen sind von schon davon krank geworden und das geht seit vielen Jahren so.

Genug ist genug!
Das System ist krank und wir müssen es heilen.

Die beste Medizin gegen diese Plage, welche ganze Bevölkerungen dahinrafft – und hier reden wir jetzt nicht vom Coronavirus – ist die gegenseitige Hilfe und die menschliche Solidarität.

In einer Zeit, in der viele Menschen betroffen sind, sehen wir unterschiedlichste Arten solidarischer Hilfe, die von unten entstanden sind. Manchmal sind diese so dringend nötig, weil das System dabei versagt, die verwundbarsten Mitglieder unserer Menschengemeinschaft zu schützen. Wir rufen daher alle Leute auf, Solidarität zu zeigen und zu einem Bestandteil ihres Lebens werden zu lassen. Nicht nur in tragischen Zeiten, sondern auch als etwas Regelmäßiges. Denn Solidarität schafft Gemeinschaftlichkeit und das ist etwas, was in jedem sozialen Kampf nötig ist, damit davon alle profitieren können.

Seitens der IAA wünschen wir allen Menschen der Arbeiter*klasse nun Gesundheit, Sicherheit und Kraft für die Kämpfe und Herausforderungen, denen sie derzeit gegenüberstehen. Denkt daran, dass Solidarität unsere Waffe ist, in solchen Zeiten sogar eine sehr hilfreiche. Wir alle müssen uns organisieren – nicht nur für heute, sondern um für eine zukünftige, bessere Welt für alle zu kämpfen.

*Sekretariat der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation*

Quelle: https://iwa-ait.org, Übersetzung: ASN Köln

INTERNATIONAL

Wohnraum für alle!

Das *Anarcho-Syndikalistische Netzwerk Köln* unterstützt den Aufruf des *„Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“* und beteiligt sich an Protestaktionen:

Am 28. März 2020 wären unter dem Motto *‚Wohnen für Menschen statt für Profite‘* zehntausende Menschen in ganz Europa auf die Straßen gegangen, um gegen hohe Mieten, Zwangsräumungen und Wohnungslosigkeit und für eine solidarische und ökologische Stadtentwicklung zu demonstrieren. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise hat das Aktionsbündnis, ebenso wie seine europäischen Bündnispartner*innen, die geplanten Großdemonstrationen zum #HousingActionDay2020 verschoben. Unsere Solidarität und unser Kampf für das Recht auf eine Stadt, in der alle gut und sicher wohnen können, sind wichtiger denn je. Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig Wohnraum auch als Schutzraum ist. Am schlechtesten vor einer Infizierung schützen können sich Obdachlose und Geflüchtete, die auf der Straße oder in beengten Gemeinschaftsunterkünften leben, mangelhafte Hygienebedingungen und fehlende medizinische Versorgung oftmals inbegriffen.

Schon jetzt verlieren Menschen ihre Jobs, haben mit Kurzarbeit geringere Einkommen oder sind als kleine Selbständige, freiberuflich Tätige, Kulturschaffende oder Kleingewerbetreibende in akuter Notlage. Damit wird sich auch die Wohnungskrise verschärfen. Es drohen: Kündigungen und Zwangsräumungen, Strom- und Wassersperren, Schließung von Kultureinrichtungen und Kneipen oder Zwangsversteigerungen. Besonders in Krisenzeiten gilt für uns einmal mehr:

Wohnraum ist keine Ware!
Wohnen ist Menschenrecht!

Wir solidarisieren uns mit allen, die erkrankt sind oder zu Risikogruppen gehören. Dies sind oft dieselben, die unter Armut, prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Wohnungslosigkeit leiden. Wir solidarisieren uns auch mit allen Menschen, die ihre Einkommenquelle verloren haben und deren Existenz bedroht ist. Um Wohnungsverluste zu verhindern, existenziellen Ruin abzuwehren und gesundheitlichen Schutz zu sichern, fordern wir Sofortmaßnahmen:

– Stopp von Räumungsklagen und Zwangsräumungen!
– Keine Energie- und Wassersperren!
– Moratorium für Mietzahlungen, Erlass von Mietschulden und Renditeverzicht!
– Mietendeckel und Mieterhöhungstopp!
– Moratorium für Hypothekenzahlungen!
– Auflösung von Sammelunterkünften, wie Lagern, und eine menschenwürdige Unterbringung!
– Beschlagnahmung leerstehender (Ferien-)Wohnungen!
– Legalisierung von Besetzungen leerstehender Wohnungen und Häuser!
– Solidarfonds für Kleingewerbetreibende, Freiberufler*innen, Kultur- und soziale Einrichtungen!
– Bedingungsloses Grundeinkommen für 6 Monate!

Mehr Infos unter https://www.housing-action-day.net

INTERNATIONAL

Gegen Rassismus – Für offene Grenzen!

Am „Internationalen Tag gegen Rassismus", dem 21.03., haben an vielen Orten kreative Solidaritätsaktionen stattgefunden, die angesichts der globalen CoV-19-Pandemie auf die humanitäre Katastrophe aufmerksam machen, die zur Zeit an der südlichen EU-Außengrenze stattfindet.

Mit staatlicher und rassistischer Gewalt werden Menschen an der Flucht gehindert, indem ihnen der Zugang zur Europäischen Union verweigert wird. Gleichzeitig müssen Tausende in improvisierten und überfüllten Lagern leben (z.B in Griechenland), wo sie keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung haben und sich nicht gegen die Corona-Viren schützen können.

Da die Menschen in Europa momentan wegen Ausgangssperren und Quarantäne keine Proteste auf der Straße organisieren können, haben sich viele an einer solidarischen Aktion beteiligt und Schilder oder Transparente an Straßen und Hinterhöfen aufgehängt.



Um Solidarität zu zeigen mit den Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze, aber auch um einen allgemeinen Zugang zum Gesundheitssystem zu fordern, der nicht nur den privilegierten Staatsbürger*innen zugänglich gemacht werden sollte, sondern auch allen Ausgegrenzten und Eingesperrten. Denn es gilt immernoch, sichere Fluchtwege aus Krieg und Elend zu schaffen, gleichzeitig auch trotz Corona-Krise solidarisch zu bleiben.



Auch am So 29.03.2020 hat in mehreren Ländern ein Aktionstag aus Solidarität mit den Geflüchteten stattgefunden. Da wegen der Corona-Krise immernoch ein Versammlungsverbot herrscht, hatte die Flüchtlingshilfe „Seebrücke" zu einer Online-Demonstration aufgerufen. Das ASN Köln hat sich an dieser neuen Form des öffentlichen Protestes sowohl virtuell, als auch in der realen Welt beteiligt.

Dabei geht es nicht nur um eine dringende Evakuierung der überfüllten Flüchtlingslager in Griechenland, sondern auch um die medizinische und hygienische Unterversorgung in den Sammelunterkünften und Abschiebegefängnissen. Ein allgemeiner und kostenloser Zugang zur Gesundheitsversorgung muss einhergehen mit einer besseren materiellen und personellen Ausstattung der Krankenversorgung und Pflegeeinrichtungen. Die Gesundheitsarbeiter*innen und (auch privat) Fürsorgeleistenden müssen nicht nur anerkannt und aufgewertet, sondern vor allem besser geschützt und höher entlohnt werden!

Grenzen auf!
Gesundheitsversorgung für ALLE!

Anarcho-Syndikalistisches Netzwerk – ASN Köln

Mehr Infos des ASN Köln unter
https://asnkoeln.wordpress.com und
https://anarchosyndikalismus.blackblogs.org

ViSdP: Rudolf Rocker, Heumarkt 68, 50128 Köln